

Die Bildungsmärkte der Wissensgesellschaft

Public-Private-Partnership an Schulen

Horst Bethge

Einleitung

Die Mutter, die ihre Tochter an der benachbarten Grundschule anmeldet, das Arztehepaar, das mit dem in der Nachbarschaft gut beleumundeten Gymnasium für den Sohn liebäugelt, die Junglehrerin, die sich um Einstellung in den Schuldienst bemüht, der Sonderschullehrer mit der Gehaltsgruppe A 14 und 20-jähriger Dienst Erfahrung – sie alle gehen selbstverständlich davon aus, dass unsere Schulen und Hochschulen vom Staat, der Gemeinde oder dem Land eingerichtet und durch Steuern bezahlt sind und für Beschulung und alle Art von Abschlusszeugnissen sorgen. Recht haben sie mit ihren Annahmen, denn es gibt sie, die Bildungseinrichtungen, wie wir sie kennen. Und es gibt Reformschulen, -Kitas und Seminare, in denen moderne, emanzipative und demokratische Bildung erfolgt, in denen fast alles ganz anders ist, als wir es kennen.

Aber es gibt auch noch ganz andere Schulen, Kitas und Bildungseinrichtungen mit ganz andersgearteter Praxis und anderen Rahmen-Bedingungen. Der vorliegende Beitrag soll diese anderen Rahmenbedingungen genauer ausführen. Gezeigt werden wird, dass die Privatisierung des deutschen Bildungssystems auf unterschiedlichen Ebenen enorm vorangeschritten ist und rasant weiter voranschreitet. Dieser Wandel hin zur Privatisierung ist einer, der sich weitgehend unbemerkt vollzieht und – gemessen an der Tragweite der Veränderungen – kaum öffentlich skandalisiert wird. Ich werde in meinem Beitrag nicht nur einen kursorischen Überblick über Beispiele der Privatisierung des deutschen Bildungswesens geben, sondern auch die zurechenbaren politischen und ökonomischen Akteure benennen, um dem beliebten Sachzwang-Argument des „There is no Alternative“ zu begegnen. Was in der Regel selbst innerhalb des kritischen Bildungsdiskurses übersehen wird, ist, dass wir es in den letzten zwei Jahrzehnten mit einem neuen gesamtgesellschaftlichen Ordnungsmodell zu tun haben, das weit über die Frage nach der Effizienz von Bildungseinrichtungen hinausgeht (vgl. hierzu auch die Beiträge von Bauer, Schöller, Gerdes und Wacquant in diesem Band).

Aus den praktischen Beispielen vor Ort im In- und Ausland, den Papieren und dem Auftreten der unten genannten Akteure lassen sich mehrere parallel verfolgte Strategien ablesen, die aber alle auf Deregulierung, Privatisierung und Ökonomisierung zielen:

- Die Privatisierung der Bildungskosten, das heißt, die Abwälzung auf die Betroffenen, die Eltern, die Lernenden oder Weiterzubildenden, und zwar in vielfältigen Formen (Gebühren, Büchergeld).
- Sponsoring von Pilotprojekten und Aufbau von Netzwerken so geförderter Musterschulen und Bildungseinrichtungen (Netzwerk innovativer Schulen, Bertelsmann), wobei Nischen und Versäumnisse der staatlichen Bildungspolitik genutzt werden, oder Ressourcenknappheit dazu verführt, sich wenigstens um Beteiligung an Pilotprojekten zu bewerben.
- Public-Private-Partnership (PPP oder deutsch: Öffentlich-Private-Partnerschaft, ÖPP), das heißt ein schrittweises Eindringen in die staatliche Verantwortung mit dem Ziel, auch die staatlichen Anteile nach und nach übernehmen und den Staat ganz ersetzen zu können. Dabei werden alle Zwischenschritte kreativ und mit langem Atem beschrritten, sei es, dass

man mit dem vorhandenen Personal (vor allem den Beamten) erst einmal weiterarbeitet, sei es, dass man sich die staatliche Finanzierung als Sockel erhält. (Beispiele: berufliche Schulen in Hamburg, Gebäudemanagement, Sponsoring, Schulen ans Netz).

- Abbau des individuellen Rechtsanspruchs auf Bildung (Menschen- und Grundrecht), zuerst Koppelung an deren Bezahlbarkeit (meistens durch Gesetzesänderungen auf Landesebene), dann private Zuzahlung, zum Schluss: Ersetzung der staatlichen Verpflichtung, öffentliche Güter bereitzustellen, durch das Handelsgut Bildung. Bildung wird zur Ware, Ausbildung zum Kostenfaktor, Schul- und Hochschulorganisation erfolgen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien (Ökonomisierung, Kosten- und Leistungsrechnung mit Benchmarks), die PädagogInnenarbeit wird taylorisiert (neue Arbeitszeitmodelle), Outputsteuerung des Bildungssystems.
- Schrittweise Beseitigung der als Handelshemmnis bezeichneten nationalen Regelungen durch Handelsabkommen (GATS) und Verordnungen und Richtlinien der EU (Bolkestein), den Bologna- und Kopenhagen- Prozess, und vor allem über Zertifikate, Zulassungsverfahren, Standards, Lehrpläne – und zwar weltweit. Regulation erfolgt nur durch den Markt. Da wird auch mal nachgeholfen, indem den Staaten erpresserische Auflagen erteilt werden (Beispiel: Kreditvergabe der Weltbank nur unter der Maßgabe, Gehälter zu senken oder das Bildungswesen zu privatisieren oder zu regionalisieren).
- Schrittweise Atomisierung des staatlich regulierten Bildungswesens, indem es in kleinere, selbständig agierende Einheiten zerlegt wird. Deren personelle und finanzielle Ausstattung für die Administration (Finanz- und Personalverwaltung), Fortbildung, Evaluation, Programmentwicklung und Perspektivplanung wird bewusst klein gehalten. Einmal aus Kostenersparnisgründen (Selbstverwaltung des Mangels), zum anderen auch, um Outsourcing zu erleichtern. Fortbildung, Programmentwicklung und Planung wird an aushäusige und (private) Institute ausgelagert, die Administration an dafür besser ausgebildete Fachleute vergeben und die Evaluation an Testfirmen oder Zertifizierungsagenturen verlagert. Die vielfach geforderte größere pädagogische Autonomie wird in eine administrative Autonomie der Selbstverwaltung vorgegebener personeller und finanzieller Ressourcen durch die Leitungskader umgebogen – und somit reif als Einfallstor für Privatisierungen.

Über den Stand der Privatisierungen im deutschen Bildungsbereich soll nunmehr berichtet werden

1. Die Privatisierung der Bildung in Deutschland: ein kursorischer Überblick

Im Folgenden soll ein Überblick über Praxisbeispiele der Bildungsprivatisierung bzw. der Public-Private-Partnerships in Deutschland gegeben werden, der natürlich kursorisch und unvollständig ist. Gleichwohl zeigt sich aber, dass der Stand der öffentlichen Debatten um die Kommerzialisierung von Bildung weit hinter dem tatsächlich erreichten zurückfällt. Die folgende Auflistung verdeutlicht zudem, dass der Streit um eine Kommerzialisierung von Bildung alles andere als ein rein akademisches Spiel um Begriffe, sondern ein Kampf um Profite und eine andere, allein dem Verwertungsinteresse des Kapitals verpflichtete Ordnungspolitik im Kapitalismus ist.

Kinder und Jugend

- In Freiburg/Br. wird das erste „Regionale Bildungsbüro“ in Baden-Württemberg eingerichtet, von der Stadt, dem Land und der Bertelsmann-Stiftung (BS) getragen. Für 50 Schulen werden alle staatlichen und kommunalen Unterstützungsangebote gebündelt und mit außerschulischen Partnern vernetzt. Ein gemeinsames Bildungsbudget soll die Schulentwicklung unterstützen. Praktika, Schülerfirmen, Betriebserkundungen, Lehrstellenvermittlung, Gewaltprävention, außerschulische Freizeitangebote und Kita-Betreuung – alles soll im Bildungsbüro gebündelt werden. Die Planung richtet sich nach SEIS (Selbstevaluation in Schulen), ein international erprobtes Instrument von Bertelsmann zur Schulentwicklung und Bedarfserhebung und zum Ranking. Es enthält Dateiverwaltung, Frage- und Planungsbögen. Bertelsmann finanziert Lehrerfortbildung, die Konzeptentwicklung und die TrainerInnen. Die BS gibt 48 000.-- €, die Stadt 75 000.-- € dazu, das Land 320 000.-- €. ¹⁾

Kitas

- In Brandenburg wurden für die Kindergärten Bildungspläne wieder aufgestellt. Als sie gedruckt in den Kitas vorlagen, stellte man fest, dass sie mit Hilfe der Bertelsmann-Stiftung erstellt und gedruckt worden waren. Vorher war nie die Rede davon gewesen, dass es sich um eine Public-Private-Partnership gehandelt hätte.²⁾
- Im Berliner Umland muss eine Kindertagesstätte eine Erzieherin entlassen, weil die Gemeinde die Mittel kürzt. Unter Assistenz von Prof. Zimmer (Berlin) und seinem Seminar für Entrepreneurship lernen die Kinder, Regenwürmer zu züchten, die sie an die zahlreichen Angler in dieser seenreichen Gegend verkaufen. Das Geschäft boomt derart, dass die Kita die Erzieherin teilweise weiterbeschäftigen kann. Ein bahnbrechendes Beispiel für moderne, zeitgemäße Bildung – wenn man Prof. Zimmer folgen will, der es begeistert berichtet.³⁾
- Im großen Stil wird in Hamburg, einmalig in der BRD, bei den Kindertagesstätten ein Bildungsgutscheinsystem (ausführlicher zu den Funktionsweisen dieses Systems siehe unter ausländische Beispiele) praktiziert. Im August 2003 wurde – eine Idee der rot-grünen Landesregierung – ein Kita-Gutscheinsystem eingeführt, über das 528.952 Kinder betreut werden (Krippen, Kitas, Horte). Alle Kinder berufstätiger Eltern von 0-14 Jahren haben einen „Anspruch“ auf fünfstündige Betreuung. Arbeitslose und Sozialhilfebezieher nicht. Wer mehr als fünf Stunden arbeitet, muss „Betreuungszeit“ zu kaufen. Die Folge: In Problemstadtteilen gehen die in Anspruch genommenen Plätze zurück, in den „besseren“ Vierteln steigen sie. Kosten: Zwischen 25.-- € bis 396.-- € pro Kind monatlich, je nach Einkommen. Trotzdem zahlen Geringverdiener 4% ihres Einkommens für die Kita, Besserverdiener nur 2% (Enste/Stettes 2005: 45). Informationen für die Eltern liefert die Internet-Seite der Hamburger Kita-Vereinigung – ähnlich wie beim Hotelreservierungs-System. ⁴⁾

¹⁾ Pressemitteilung Freiburg/Gütersloh, 23. 9. 05, zitiert aus einer Mail des Anti- Bertelsmann Netzwerks, bertelsmannkritik@web.de.

²⁾ Information der Bildungspolitischen Sprecherin der Linkspartei.PDS im Landtag Brandenburg, Gerrit Große (Oranienburg)

³⁾ zitiert aus einem Vortrag von Prof. Zimmer in Hamburg bei der GEW 1997

⁴⁾ vgl. hierzu: www.kitas-hamburg.de und kritisch: www.kita-gutschein.de

Allgemeinbildende Schulen

- Der Elternverein des Hamburger Christianeums, eines der Elitegymnasien in Hamburg-Othmarschen, hat schon 1998 für einen Mathe- und einen Griechischlehrer Geld gesammelt, um deren Lehraufträge von 6 bzw. 12 Wochenstunden bis zum vollen Gehalt aufzustocken. Die Schulbehörde signalisierte im Gegenzug, ab 1999 „die Lehraufträge ihrerseits auf 18 Stunden aufzustocken.“ (Hamburger Morgenpost vom 15.5.1998 und 8.8.1998) Erregte dies damals noch bundesweit Aufsehen, ist heute Sponsoring durch Eltern oder Firmen vielerorts schon eine Selbstverständlichkeit.
- Der Sozialwissenschaftskurs des Heinrich-Heine-Gymnasiums in Mettmann wird im Rahmen des Projekts „business@school“, seit 1999 als gemeinnütziger Verein in Düsseldorf residierend, von der BOSTON CONSULTING GROUP (BCG) betreut. Von Mitarbeitern örtlicher Unternehmen angeleitet, analysieren die Schüler der Kl. 11-13 Konzerne und entwickeln eigene „Geschäftsideen“, die sich dann einem Wettbewerb (Rheinische Post zit. nach der Düsseldorfer Stadtzeitung Terz 5/2004: 15) stellen. 2004 nahmen 60 Gymnasien daran teil – ähnlich wie in Italien und Österreich. (BCG ist das führende Consulting Unternehmen mit 60 Büros in 37 Ländern) (vgl. hierzu Rügemer 2004: 111ff.)
- Zahlreiche Beispiele von Sponsoring und Marketing an Schulen, Lernpartnerschaften und das Wirken von Eltern- und Fördervereinen hat die GEW in einer gerade erschienenen Broschüre „Privatisierungsreport“ zusammengetragen – mit Beispielen von Wessel über Unna und Tegernsee bis Gera und Alsdorf. So betreut „Partner für Schule“ in NRW 856 solcher Schulpartnerschaften. Mit einem Etat von 590.000 €, aufgebracht von der Stadt, der Bundesagentur für Arbeit und dem Europäischen Sozialfonds, versucht das „Hamburger Hauptschulmodell“ durch direkte Kontakte Hauptschüler in Ausbildungsplätze zu bringen. 75 Firmen beteiligen sich. Die GEW zeigt mit der Broschüre „Facetten und Dimensionen von Privatisierung“ auf. Darunter „fällt ebenso die Ausdehnung privaten – oder besser: privatwirtschaftlichen Einflusses auf öffentliche Schulen und damit auf deren öffentlichen und der Neutralität verpflichteten Bildungsauftrag. Zum Beispiel, wenn Unternehmen ihre Produktpalette, ihre Firmenphilosophie und ihre ökonomische Weltsicht in den Unterricht tragen als Teil von „Lernpartnerschaften“, die in Zeiten größerer Selbständigkeit von Schulen regen Zuwachs haben,“ schreiben Marianne Demmer und Marina Schmerr vom GEW-Vorstandsbereich Schule (GEW 2006: 5).
- In NRW sind allerlei Veränderungen an vielen Schulen zu bemerken: Hunderte von Schulen sind an Modellprojekten in Kooperation mit der Bertelsmann- Stiftung (BS) beteiligt. Bekanntlich ist die Aufgabe dieser größten deutschen Stiftung „innovative Konzepte der Führung in allen Bereichen des Staates“ zu entwickeln und zu implantieren. 5) Diese einflußreichste deutsche Stiftung, fest in der Hand der Familie Mohn, hat sich zum größten deutschen neoliberalen Think- Tank entwickelt und „berät“ auf vielen gesellschaftlichen Feldern, aktiv geführt von Liz Mohn und Prof. Werner Weidenfeld, dem ehemaligen Kanzlerberater. Sie ist auffallend operativ und offensiv tätig. Durch ihre Tochter CHE steuert sie die Hochschullandschaft in mehreren Bundesländern, durch ihr Münchener Institut CPD (Centrum für angewandte Politikforschung) die Europapolitik (z. B. durch Entwurf der EU- Verfassung). Die andere Tochter, ARVATO AG (34 000 Mitarbeiter) bietet die gesamte Palette staatlicher Leistungen an, bis zur Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben (z. B. Steuererhebung). Muster ist die

Stadt East Riding (GB, Yorkshire), vgl. auch Lohmann 2006. Das bildungspolitische Engagement der BS geht auf die Mitarbeit von Reinhard Mohn 1992 in der

5) vgl. die Materialien des Bertelsmann-Kongresses Juli 2005 in Hamburg (erscheint demnächst als Buch) und Lohmann 2006. Die Bertelsmann- Stiftung umfasst 47 hauptamtliche Mitarbeiter in 28 gesellschaftlichen Themenfeldern (Stand Oktober 2005)- von „Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik“ (die Väter von HARTZ I – IV) über „Nahe Osten“ bis „Modernes Regieren“ und „Föderalismusreform“. Der Bildungsbereich ist alleine mit vier Themen vertreten (vgl. Bertelsmann- Dossier von H. Ring (GEW- Hamburg)

6) Manifest des „Netzwerks Europäischer Lernprozesse“ (NELP), Hannover 2002. Darin sind Partner: Bertelsmann- Stiftung, H. Böll-Stiftung, H. Böckler- Stiftung. Interessant ist, dass die eigens entwickelten „Bildungspolitischen Essentials“ der Bertelsmann- Stiftung z. Zt. vom Netz genommen sind.

- NRW-Kommission „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ zurück (vgl. NRW-Bildungskommission 1995). 1997 begann das Kooperationsprojekt Land NRW – BS, genannt „Schule + Co“, mit 90 Schulen in Leverkusen und im Kreis Herford zur Verbesserung des Unterrichts und des „schulinternen Managements“ sowie zum Aufbau von Kooperationsstrukturen Schule – Wirtschaft. 1998 folgte der bundesweite „Initiativkreis Bildung“ (Schirmherr: Bundespräsident Herzog) mit seinem Memorandum „Zukunft gewinnen- Bildung erneuern“, veröffentlicht 1999, 2002 das bundesweite „Manifest Bildung für die Arbeits- und Wissensgesellschaft“. 6) Parallel mit der Änderung des „Schulgesetzes zur Weiterentwicklung von Schulen“ in NRW (29. 11. 2000) wurde das „Projekt selbständige Schulen“ mit zunächst 237 Schulen in 18 Regionen und mit 49 Schulträgern begonnen, angelegt auf sechs Jahre Laufzeit (inzwischen auf 278 Schulen in 19 in Regionen in NRW angewachsen). Es gelang, in NRW den DGB und sogar die GEW als Projektpartner zu gewinnen, wobei die BS die Projektleitung innehatte und überall die Besetzung der Projektbüros bestimmte. „Fällt die Schulfreiheit dem Einfluss der Mohn- Sekte zum Opfer?“, fragte sogar „DIE ZEIT“ ironisch (Die Zeit vom 16.9.1999). 0,5 Mill. € spendete die BS pro Jahr für dies Projekt, 1,850 Mill. € zahlt das Land NRW, außerdem 150 – 200 Planstellen, die die Projektschulen zusätzlich erhalten. Im Rahmen dieses Projektes wurden „Regionale Bildungsbüros“ eingerichtet (vgl. KGSt 2003) und ein breites Schul sponsoring eingeführt, um die „Partnerschaft Schule- Wirtschaft“ zu fördern. Fünf Schwerpunkte hat das Projekt in NRW:
 1. Es geht darum, die Personalbewirtschaftung der Schulen umzugestalten, wobei neue Formen der Mitbestimmung erprobt werden sollten: Die Personalräte an den Schulen wurden abgeschafft und durch eine Personalkommission ersetzt. De facto wurde damit die gesetzlich geregelte Mitbestimmung eingeschränkt, denn die Personalkommission hatte keine verbindliche Mitbestimmungsmöglichkeit mehr, die der Personalrat zuvor gehabt hatte.
 2. Im Feld „Sachmittelbewirtschaftung“ wurde bei den Modellschulen ein schulbezogenes Budget vorgegeben, dass an der einzelnen Schule mittels Kosten- Nutzen- Analyse verwaltet wird. Die Übertragung dieser betriebswirtschaftlichen Methode auf die Schulen hakt jedoch, da es an Schulen eben keine Kennziffern, z. B. für den Output,

gibt. Erprobt wurde dabei auch, dass private Beraterfirmen den Schulleitern Buchhaltung oder Personalmanagement abnehmen.

3. In dem Feld „Unterrichtsorganisation“ wurde der Unterricht neu rhythmisiert und die Leistungsbewertung in Kennziffern aufgelöst.
4. Bei der inneren Organisation der Schule wurden insbesondere die Schüler zur Verantwortung für ihre eigene „Lernbiografie“ angehalten.
5. Das fünfte Arbeitsfeld war die Qualitätssicherung und die Rechenschaftslegung, für Eltern und für externe Evaluation.

Die Schulen waren anfangs begeistert, es gab ja auch eine Planstelle mehr, man konnte Neues gestalten, die Betriebe in der Umgebung wurden für die Schulen erschlossen, man hatte Bertelsmänner als Berater (Bertelsmann-Stiftung/Kultusministerium NRW 2000) 7)Inzwischen mehren sich kritische Stimmen. In einem Zwischenbericht klagt der DGB NRW ausdrücklich die verschlechterte Mitbestimmung ein (DGB 2002: 2). Dennoch starteten in Dortmund darüber hinausgehend die BS und die Stadt gemeinsam das „Dortmund- Projekt“ für 10 Jahre, in dem die Schule als Stadtteilzentrum entwickelt und die Kooperation aller Bildungsträger verbessert werden soll. Für die Beteiligung der 174 Dortmunder Schulen zahlt die Stadt jährlich 500.000.- €. Bundesweit arbeiten mittlerweile 1225 Schulen in 16 Bundesländern nach dem Bertelsmann- Konzept „Selbstevaluation in Schulen“ (Lohmann 2006)

7) siehe auch maschinenschriftliche Planungspapiere für die Schulen des Projekts

Berufsbildende Schulen

- In Nürnberg wurde 2003 die städtische Berufsschule Altenpflege (B7) von der Diakonie Neudettelsau übernommen. Die Übernahme weiterer beruflicher Schulen der Stadt durch das Privatunternehmen SABEL wird eingeleitet (vgl. GEW 2003).
- In Niedersachsen werden die beruflichen Schulen „weiterentwickelt“: ProReKo (siehe auch hinten) heißt das Konzept: Bildungsgänge können sie eigenständig ausgestalten, Weiterbildung anbieten, mit anderen Bildungsträgern kooperieren, „arbeitsmarktfähige und zertifizierbare Zusatzqualifikationen“ anbieten, Entgelte aus Umschulungen erheben, Budgets der Kommune und des Landes zusammenlegen, Lehrkräfte einstellen und das Sachmittelbudget selbst verwalten sowie Jahresarbeitszeitkonten für die Beschäftigten einführen. Die Mitbestimmung bleibt dabei auf der Strecke, denn „ein Schulbeirat bestimmt die Grundzüge der Schule.“ 8)
- Im Mai 2001 startete in Baden-Württemberg das Projekt „Stärkung der Eigenständigkeit beruflicher Schulen“ (STEBS) mit 66 von mehr als 300 beruflichen Schulen im Land für zwei Jahre. Die „operativ eigenständige Schule“ ist das Ziel. Schulen werden als „Anbieter“, SchülerInnen als „Kunden“ bezeichnet. Aus vier Handlungsfeldern konnten sich die Schulen Projekte aussuchen: Schulorganisation, Personalmanagement, Schulprofil, Qualitätsmanagement. In einer nächsten Stufe ist die OES (operativ eigenständige Schule) das Folgeprojekt. 9)
- Eine besondere Dimension hat die Frage der Privatisierung der Berufsschulen in Hamburg - in Verlauf und Auseinandersetzungsformen einmalig in der BRD. In aller Kürze: Es begann damit, dass die Handelskammer Hamburg (2001) in einem Papier rechtzeitig vor den Landtags- (Bürgerschafts-)Wahlen forderte: Stärkung der Kernfächer, Ausbau von Wirtschaft und Neue Medien zu Fächern, die Einführung von Bil-

derungsgutscheinen, die Privatisierung aller Schulen. „Der Staat muss sich von der Bereitstellung des Schulangebots vollständig zurückziehen und sich auf seine Kernaufgabe, die Sicherung von Standards, beschränken.“ (Handelskammer Hamburg 2001: 49) Begonnen werden sollte mit den Berufsschulen. Unmittelbar nach der Wahl, die erstmals seit 47 Jahren eine rechtsbürgerliche Koalition (CDU, FDP, SCHILL-Partei) gewann und die das Schulressort mit dem Konteradmiral a. D. Rudolf Lange (FDP) und das Hochschulressort mit dem parteilosen Wissenschaftsmanager Jörg Dräger besetzte, wurde ein aufwendiges Hearing in der Handelskammer veranstaltet, zu dem man „Experten“ der Privatisierung aus England wie vom BDI einflog. Flugs setzte man mit „Umsetzungsleitlinien der Hamburger Wirtschaft“ nach. 10) Im Koalitionsvertrag vom 19. 10. 01 wurde die Privatisierung der Berufsschulen vereinbart. Die Handelskammer gab bei einer Unternehmensberatung ein umfangreiches Gutachten in Auftrag (Schomerus und Partner 2002), der Senat ein Rechtsgutachten (Schneider 2003), in der Schulbehörde entstand das Konzept „Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Berufsbildungszentren“ (Schopf 2002). Von Anfang an entwickelte sich breiter Protest: von GEW, DGB, Schüler- und Elternkammer bis hin zu Teilen der SPD und der PDS, während es bei den Grünen z. T. Zustimmung gab. In rascher Folge wurden unterschiedliche Modelle entwickelt und mit Schulleitungen, Kammern und

8) zusammengestellt nach einer Synopse der GEW Hamburg, Referat B

9) Erziehung und Wissenschaft, Zeitschrift der GEW Baden- Württemberg, Oktober 2002, S. 18ff

10) Umsetzungsleitlinien der Handelskammer Hamburg „Wirtschaft unternimmt Berufsschulen- Berufsschulen auf Zukunftskurs“, 2002

- Innungen und vor allem dem „Arbeitskreis Bildung der Hamburger Wirtschaft“ (unter Federführung der Handelskammer) durchgespielt: Errichtung von 16 großen Berufsbildungszentren, Verselbständigung der 48 Beruflichen Schulen mit 3.000 Beschäftigten, 35.182 Auszubildenden und 21.253 Vollzeitschülern, Budgetierung, Personalhoheit – das waren ihre gemeinsamen Kennzeichen, mal als Plan einer „Stiftung öffentlichen Rechts“, einer „Anstalt öffentlichen Rechts“, einer GmbH, eines Landesbetriebes nach § 26 der Landeshaushaltsordnung, mal als Zweckverband, mal als „Landesinstitut für Berufsbildung“ formuliert. Nach Durchführung zahlloser Workshops Konferenzen, Power-Point-Präsentationen und breiter öffentlicher Debatte wurden an allen beruflichen Schulen Konferenzen mit den Lehrern, Werkmeistern usw. und den konkreten Ausbildern der Betriebe von der Schulbehörde und einer Beratungsfirma organisiert – mit niederschmetterndem Ergebnis für die Privatisierer: Am Schluss „soll gepunktet werden, ob man die Strukturveränderungen befürworte oder ablehne: mit 38 : 1 wird der Prozess abgelehnt“ (Stimmungsbericht eines Teilnehmers vom 8.9.2003 maschinenschriftlich). In allen Konferenzen gab es ähnliche Ergebnisse – beachtlich, weil auch die Lehrmeister und Ausbildungsverantwortlichen der Betriebe mit abgestimmt hatten. Senator Lange (FDP) hat in dankenswerter Offenheit in einem schriftlichen Beitrag dargelegt, worum es der Politik in Hamburg geht: „Angestrebt wird eine Global- und Outcomesteuerung“, „Ziel- und Leistungsvereinbarungen, [...] die Einführung eines kaufmännischen Rechnungswesens“ Errichtet werden soll eine Stiftung (damals noch, heute wird geplant, ein Landesinstitut einzurichten). „Die Wirtschaft erhält ein Vetorecht“ (Lange 2003: 4) Senator Lange (2003: 9) bezieht sich

ausdrücklich auf „New Public Management“ und das „Neue Steuerungsmodell“. Deutlich heißt es in dem Gutachten für die Handelskammer: „Die Steuerung der Berufsschulen erfolgt mit Hilfe eines Kennzahlensystems“ und dass der Schulträger durch die Hansestadt Hamburg finanziert würde: „Sämtliche finanziellen Risiken werden wie bisher von der Stadt übernommen.“ (Schomerus und Partner 2002) Bis 1. 8. 2004 sollte „das Gesamtsystem fertig gestellt sein.“ Doch der Protest in der Stadt bündelt sich. Das in Hamburg mehrstufige Volksgesetzgebungsverfahren wird von einer Initiative „Bildung ist keine Ware“ in Gang gesetzt und erreicht in der zweiten Stufe als Volksinitiative mehr als 120.000 Unterschriften von Hamburger BürgerInnen, die sich dagegen wenden, dass die beruflichen Schulen unter privater Regie laufen. Nun schaltet die Politik zurück: Nach dem Auswechseln des Schulsenators – inzwischen ist die dritte Senatorin im Amt und der fünfte Staatsrat (Staatssekretär) seit dem Regierungswechsel im Oktober 2001 – beschließt die Bürgerschaft (das Landesparlament) am 24.11.04 eine Reform der beruflichen Schulen unter dem Dach eines zu errichtenden „Landesinstituts“ – und erklärt damit das Volksbegehren für erledigt. Mit einer Verfassungsklage von Prof. D. Sterzel (Oldenburg), die auf ein für die GEW erstelltes Gutachten gründet, versucht die Volksinitiative vergeblich die Errichtung eines Landesinstituts zu stoppen, während die völlige Privatisierung im ersten Anlauf gescheitert ist.

Hochschulen

- In Bremen wird die „International University Bremen“ als Privatuniversität in Form einer Zweigstelle der Rice University, Austin, Texas (USA) eröffnet (vgl. GEW 2006b: 4)
- Wie sich die Hochschullandschaft verändert, ist in einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Weniger dagegen, dass es mittlerweile 80 private Hochschulen gibt (2001 erst 54) und jetzt den ersten von einer Firma entwickelten Studiengang für Bachelor: Die deutsche Lufthansa hat den „Aviation-Manager“ (Unterricht in Englisch) entwickelt – und übernimmt auch die Kosten der von ihr an die „European-Business-School“ (EBS) in Oestreich-Winkel entsandten Auszubildenden. In Erwartung der in Bayern, Baden-Württemberg, NRW, dem Saarland, Niedersachsen und Hamburg einzuführenden Studienkosten von vorerst 500 € pro Semester, in fünf Jahren werden es 2.500 € pro Semester sein, schießen die Bildungsfonds aus dem Boden: Career Concept startete 2005 in München (heute betreut es 3.000 StudentInnen) als erste, jetzt folgen die „Kreditanstalt für den Wiederaufbau“, Deutsche- und Dresdner Bank, aber auch Sparkassen (Frankfurt) (Financial Times Deutschland vom 24.2.06).11)
- Wer in der BRD ein Studium der Wirtschaftsadministration aufnehmen will, muss sich schon jetzt dem GMA-Test unterwerfen, der von „Education Testing Services“ (ETS), dem weltweit führenden US-Test – Unternehmen, für den Global -Player der Bildungsindustrie, „Sylvan Learning System“ (SLS), entwickelt wurde. Testanmeldung über die FH Pforzheim, Durchführung: SLS, die in über 20 Ländern mit 360 Testzentren tätig sind und in Berlin, Frankfurt, Hamburg und Berlin in Deutschland solche unterhalten. Das gesamte deutsche Graduiertenstudium läuft über den GRE-Test, auch von ETS über SLS, Auslandsstudien über den Dt. Akademischen Austauschdienst (DAAD) mit dem TOEFL-Test von SLS. Das alles läuft unter „private public partnership“ (vgl. hierzu Lohmann 2002).

Rahmenbedingungen

- In den Städten Offenbach, Mannheim und im Erftkreis hat die Kanzlei Clifford Chance Pünder mit privaten Baufirmen Verträge für Pilotprojekte gefertigt, dass diese die Bewirtschaftung der Gebäude, die Sanierung sowie Einsatz und Beschäftigung des nicht unterrichtenden Personals (Hausmeister, Reinigungskräfte, Sekretärinnen) für 25 bis 30 Jahre übernehmen. Die Städte zahlen dann Miete im Rahmen dieser Public-Private-Partnership (PPP). In Offenbach betreibt dies die „Hochtief PPP Solutions“, die extra eine Tochtergesellschaft gegründet hat: Die „Hochtief PPP Schulpartner“. Volumen: 40 Mill. €. Im Landkreis Marburg- Biedenkopf wurden 90 Schulen für 350 Mill. € an einen Erbschaftsfonds verkauft- und anschließend wieder zurückgeleast. Ende 2005 wurden 50 solche Projekte in der BRD gezählt, u. a. in Freiburg, Neubrandenburg, Nürnberg. Bis 2010 wird das Volumen auf 9 Mrd. € anwachsen, schätzen Fachleute. Der Städte- und Gemeindebund warnt inzwischen die Kommunen vor solchen Projekten, da die Verträge eine Inflationsklausel enthalten, so dass die Kosten für die Kommunen unkalkulierbar werden (vgl. hierzu FAZ vom 18.7.2003; Financial Times Deutschland vom 24.2.2006; TAZ vom 8.11.2004).
 - Da beschloss 1998 schon der damalige rot-grüne Hamburger Senat, alle Schulgebäude der privaten Gesellschaft AMC (Asset Managing Consulting) zu übereignen, die sie „unter kaufmännischen Gesichtspunkten verwaltet“, ...“ein marktorientiertes Verhalten“ an den Tag legt und „Mittel zur Haushaltskonsolidierung“ mobilisiert (Hamburger Senat 1998a: 2, 1998b). Nach öffentlichen Protesten bereitet der nun neue CDU-Senat vor, als erste Tranche, Schulen im Süderelbebezirk Harburg zum 1.8.06 in ein Sondervermögen zu übertragen, das dann von Betriebsgesellschaften verwaltet wird. Hamburg least die Schulen dann zurück. Die Hoffnung ist, dass dann der aufgelaufene Sanierungsbedarf von 2 Mrd. Euro auf dem privaten Anleihemarkt leichter aufgebracht und nicht als Staatsverschuldung gezählt werden kann (vgl. Schreiben des Verbandes Hamburger Schulleiter vom 4.9.2003; PDS 2001). Aus der Zeitung erfahren
- 11) Die EBS ist die erste staatlich anerkannte private Hochschule in der BRD seit 1971
- darüber hinaus rund 20 Hamburger Schulen, dass der Senat ihre Gebäude an Private verkauft und den Schulbetrieb ggf. umorganisiert. Grund: z. T gehen die Schülerzahlen regional zurück (Hamburger Abendblatt vom 3.6.2003).
 - Im Landkreis Groß-Gerau und der Stadt Rüsselsheim wird im Juni 2001 ein Pilotprojekt „Budgetierung von Schulen“ (manchmal auch „gemeinsame Verantwortung für Bildung und Erziehung in hessischen Schulen“ genannt) von der neuen CDU geführten Landesregierung zur Umsetzung der Beschlüsse der rot-grünen Vorgängerregierung zur Einführung der „Neuen Verwaltungssteuerung“ gestartet. Ein ergebnisorientiertes Kontraktmanagement zwischen Einzelschule und zentraler Schulverwaltung ist die Grundlage für ein Schulbudget und ein Evaluationssystem. Eine Kosten-Leistungs-Rechnung löst das alte kameralistische Verfahren der Kostenverwaltung ab. Diese neue Verwaltungssteuerung ist durch das Computerprogramm SAP R 3 gestützt (Kosten für Hessen 50 Mill. €), das landesweit 2003/04 eingeführt sein soll (siehe auch weiter unten). Die wissenschaftliche Begleitung übernimmt die Firma ACCENTURE 12) und die Bertelsmann-Stiftung (vgl. Klausenitzer 2002). Ein Angebot von Wissenschaftlern der Uni Frankfurt wird abgelehnt. 2% des Budgets sollen als „Effi-

zienzdividende“ für den Staatshaushalt erbracht werden (GEW 2001: 2, 10). Die Schulen sollen ihre Ziele als Produktplanung formulieren, die in einen Produkthaushalt eingehen, der wiederum Grundlage für die Kontrakte ist. In Zukunft sollen die Schulen ihr Personal selbst einstellen. 13)

- In Bayern wurde die mangelhafte Lehrerfortbildung dadurch gemildert, indem die Staatsregierung mit INTEL vertraglich die Fortbildung in Informatik (Betreuung von Schulcomputern, computergestützten Unterricht in allen Fächern) für 10 000 LehrerInnen bis 2002 vereinbart. Jeder Teilnehmer erhielt von INTEL einen Laptop, wofür das Copyright an den im Zuge der Lehrerfortbildung erstellten Unterrichtseinheiten an die Lehrerfortbildungs -Akademie in Dillingen übergeht, wo INTEL eine Datenbank einrichtet und dafür die weltweite Vermarktung der Unterrichtsbeispiele vornehmen kann. LehrerInnen, die Eltern den Kauf eines COMPAQ-Computers empfehlen, werden Prozente eingeräumt. In Hamburg wurde unter der rot-grünen

12)Früher Anderson Consulting, eine der weltweit größten Unternehmensberatungen für Management und Technologie. „Zunehmend übernimmt Anderson Consulting den Betrieb von Funktionsbereichen, die von den Unternehmen und Organisationen nicht als ihre Kernkompetenzen angesehen werden“ (Selbstdarstellung). 75 000 Mitarbeiter in 149 Büros und 47 Ländern, in der BRD in fünf Büros mit 1500 Beratern. Mitinitiator vom „Modell Deutschland 21 – Wege in das nächste Jahrhundert“, rororo-Sachbuch Nr. 1290, 1998 – Vorschläge zur Arbeitsmarkt-Verwaltungs-, Innovation- und Bildungsinitiative (gemeinsam mit den großen Beratungsfirmen Arthur D. Little, Schitag, Ernst u. Young, Young und Rubicam) Anderson benannte sich nach 2000 um, als die Betrügereien um den US-Konzern ENRON aufflogen, an denen Anderson beteiligt war. Das teuerste Rebranding (Umwidmung eines Markennamens und -zeichens) in der Welt bisher folgte innerhalb von nur zwei Monaten. Das führte zum neuen Namen ACCENTURE und zur Verlegung des Firmensitzes von Chikago auf die Bermudas (um US- Gerichtsverfahren zu entgehen). ACCENTURE berät in der BRD die Bundesagentur für Arbeit (HARTZ IV), die Zollverwaltung, das Bundesfinanzministerium und das von Baden- Württemberg und Sachsen- Anhalt sowie die hessische Landesregierung. Außerdem die Deutsche Post (Systemführung beim E-Gouvernement), die Städte Köln und Erlangen. Vgl. Rügemer 2004: 93, 231.

13)In Rüsselsheim wurden im Zuge der neuen Verwaltungssteuerung bereits 1996 die kommunale soziopädagogische Familienhilfe, die Beihilfeabrechnung der Beschäftigten und die Fachberatung der Kitas privatisiert. Vgl. GEW 2001: 2.

- Landesregierung mit INTEL ein Vertrag geschlossen, nach dem INTEL die Ausbildung von 12.600 vornimmt. Und zwar in der Form, dass zuerst „Master-Lehrer“ ausgebildet werden, die dann gegen Honorar ihre KollegInnen schulen. Eigenbeteiligung: 50.- DM pro Lehrer. Ähnliche Verträge schließt INTEL mit Niedersachsen, NRW, Brandenburg für jeweils 40stündige Schulung. Für Ausbildung von 120.000 LehrerInnen kassiert INTEL 20 Mill. DM (vgl. COMPAQ 2000; Der Spiegel 13/2000; FAZ vom 6.3.2000; Tagesspiegel vom 19.9.1999; bpd 30.11.2000; Schulbehörde-INTEL Hamburg 2000; Staatliche Pressestelle Hamburg 20.11.2000).
- Die „Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur m.b.H“ (GfB) ist eine von 240 Bremer Stadtbetriebs- GmbHs, die ausgegründete (outsourcte) staatliche Aufgaben wahrnimmt. Das Bildungswesen soll wegen der Haushaltsnotlage durch „kosteneffizientere Steuerungsformen wie Wettbewerb und Qualitätssicherung“, Evaluation und Con-

trolling marktfähig werden. „Der Einfachheit wegen wird die erwartete Effizienz gleich vorformuliert: 8 Mill. € pro Jahr ab 2006“¹⁴⁾ So übernimmt die GfB alle „unterrichtsergänzenden und unterrichtsunterstützenden Aufgaben“: Informationstechnologie, Verwaltungslogistik, Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte, Vertretungslehrereinsatz (Lehrerfeuerwehr), Lehrmeister, Betreuung in der verlässlichen Grundschule und Ganztagschule. Die GfB kauft Leistungen und Personal ein und wickelt die Aufgaben im Auftrag der Schulen ab, quasi als Personal-Service-Agentur des Schulsenators Lemke (SPD) in Bremen. Die Bremer Besonderheit – nicht die Schulen selbst werden zu einer juristischen Person des privaten Rechts, sondern die Arbeit an den Schulen wird parzelliert und Teile davon dann privatisiert. Seit Inkrafttreten des Dienstrechtsreformgesetzes am 1.7.97 mit dem § 123a/2 steht ein Rechtsinstitut zur Verfügung, den dauerhaften Einsatz von Beamten auch bei einer juristischen Person des Privatrechts vorzusehen, wenn diese von der öffentlichen Hand beherrscht wird oder als kommunale Einrichtung in eine Beteiligungsgesellschaft umgewandelt wird. Wesentliches Steuerungsinstrument sollen auch in Bremen die Ziel- und Leistungsvereinbarung zwischen Behörde und GfB und Schulen andererseits sein.

- In Berlin übernimmt die Tochtergesellschaft SCHOOL der „Junge Medien Marketing Service“ (JMMS), eine private Gesellschaft, für die Schulleiter die Organisierung von Schul-Renovierungen, die Bauaufsicht, die Vertragsgestaltung mit Firmen. Neuerdings wirbt sie auch mit Plakatständern in Fluren der Schulen, wofür dann die Schulen einen Teil der Werbeeinnahmen erhalten. Preis seinerzeit: 4 Werbetafeln für 4500.- DM pro Jahr. Ähnlich ist es in Offenbach, wo im Stadtzentrum an Schulaußenwänden Werbung angebracht wird. In Hamburg vermieten einzelne Schulen Schulhofflächen als Parkplätze für umliegende Geschäftsleute gegen erhebliche Stellplatzmieten. Die Schulhöfe werden dann eben verkleinert. All dies geschieht, damit die Schulen zusätzliche Mittel aufbringen. So verteilt das Gymnasium Grootmoor in Hamburg-Wandsbek Werbeflyer in Haushalten in der Umgebung der Schule, in denen es Computer- und Sprachkurse gegen Gebühren anbietet, die abends in Schulräumen stattfinden. (Frankfurter Rundschau vom 19.12.1998; TAZ vom 8.1.1999)
- Ganz neu ist der Einsatz von 1-Euro-Jobbern in vielen Schulen der ganzen BRD: Als Fahrradwachen, in Schulkantinen, als Helfer der Hausmeister, in Schülerbüchereien „Schulhofverschönerung“ und der Reparatur von Möbeln oder Gebäuden unter Anleitung örtlicher Handwerksmeister. Bekanntlich sind 1 –Euro-Jobs nach HARTZ IV auf 6-9 Monate und 30 Stunden pro Woche beschränkt. 1-Euro-Jobber sind nicht

14) so H. J. Ochs (GEW Bremen) auf einem Hearing der Linksfraktion GUE/NGL im EU-Parlament in Hamburg, 17. 4. 2004

- kranken- oder arbeitslosenversichert. Träger an den Schulen sind offiziell Schulvereine. In Hamburg gibt es große Schulen, an denen bis 24 1-Euro-Jobber tätig sind (GEW 2005). Die Wirtschafts- und die Schulbehörde in Hamburg haben sogar mit der Handwerkskammer vereinbart, 100 1-Euro-Jobber zur Schulsanierung einzusetzen, was von Grünen (GAL) und SPD begrüßt wird (TAZ vom 13.1.2005).
- In Freiburg lud das Oberschulamt 240 Schulleiter und Wirtschaftsvertreter zum Kongress „Unternehmen Bildung, Schule und Wirtschaft“ ein. In sieben workshops, geleitet von Sparkassen- und Personalchefs, wurden die Schulleiter auf Methoden der Wirtschaft getrimmt. So erstellte die Arbeitsgruppe „Sponsoring“ eine Liste von Ge-

genleistungen der Schulen: „Von Firmenlogo im Eingangsbereich oder auf Sporttrikots ... Pausenradio mit Werbespots ... bis zum Schulchor, der eine Betriebsweihnachtsfeier gestaltet.“ Überhaupt Werbung an Schulen: In allen Bundesländern wurde das strikte Werbeverbot inzwischen längst aufgehoben (vgl. Recklinghäuser Zeitung vom 22.9.1998).

- Auch Public-Management-Berater machen sich im Bildungswesen breit: Dass Hochschulen und Kultusminister vom CHE (Zentrum für Hochschulentwicklung) Gütersloh, der Tochter der Bertelsmann-Stiftung, beraten werden, hat sich herumgesprochen. McKinsey berät die Humboldt-Universität Berlin, die Uni Frankfurt und die so genannte „Dohnanyi-Kommission in Hamburg“ (Kommission zur Hochschulentwicklung unter Vorsitz des ehemaligen 1. Bürgermeisters der Hansestadt Hamburg Dohnanyi). Und Roland Berger berät die Landesregierungen in Bremen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, NRW, Bayern. Es ist der ehemalige Oberstadtdirektor von Hannover und vordem Bezirksamtsleiter von Hamburg- Harburg, Jobst Fiedler, der den Geschäftsbereich „Public Sector Consulting“ aufbaute. CLIFFORD CHANCE PUNIDO privatisiert in Mannheit und Offenbach die Schulgebäude. ACCENTURE in Hessen wurde schon erwähnt (vgl. Rügemer 2004: 126). In Bremen und Hamburg ist bei der Berufsschulprivatisierung direkt PUTZ + PARTNER beauftragt, die den ehemaligen Hamburger Staatsrat Prill als Chef haben. Kein Wunder, dass in den Gutachten der Wirtschafts- und Unternehmensberater immer Vorschläge zur ökonomischen Effizienz herauskommen (Rügemer 2004: 96ff.). Eine besondere Rolle bei der Betriebswirtschaftlichung spielt auch die „Kommunale Gemeinschaftsstelle der Kommunen (KGSt), war sie doch die erste, die nach holländischem (Tilburg) und amerikanischem Vorbild das Modell „Stadt als Konzern“ propagierte, „New Public-Management-Methoden“ auf die Praxis der deutschen Kommunen herunterbrach und durch Lehrgänge und detaillierte Materialien zu Konzepten des „Neuen Steuerungs-Modells“ (NStM) für Schulen oder Kitas oder „der Neuen Verwaltungsmodernisierung“ (NVM) verbreitete und mittels Lehrgängen implantierte. 15)
- TCHIBO, der Hamburger Kaffeeröster mit Tausenden von Filialen in der ganzen BRD und darüber hinaus, der inzwischen auch an Beiersdorf (Nivea) und Reemtsma (Zigaretten) beteiligt und im Besitz der Familie Hertz ist, vertreibt neuerdings neben Haushaltsgegenstände, Klamotten und Computern Versicherungen und Geldanlagen aller

15) So gibt es Gutachten zum Neuen Steuerungsmodell in der Verwaltung, in der Schule, zum Kulturmanagement usw., fortlaufend seit 1991, auch das Gutachten „Regionale Verbindungsbüros im Projekt „Selbständige Schule“- für das Ministerium in NRW wurde auch von der KGSt (2003).

- Art. „Die Tchiboisierung der Welt wird weiter auf den Dienstleistungsbereich ausgedehnt“, kündigte Vorstandsmitglied Stephan Swinka an Demnächst werden wohl Deutsch- und Mathe-Kurse, die mittlere Reife, Computerkurse und Literaturunterricht angeboten. Denn: „Wenn der Testlauf mit den Finanzprodukten erfolgreich abgeschlossen ist, soll es in der 2. Jahreshälfte Produkte geben, die irgendwo im Bildungsbereich angesiedelt sind“, ließ Tchibo verlauten. Offensichtlich klappt der Testlauf

nicht zufriedenstellend, denn noch werden von Tschibo keine Bildungsprodukte angeboten (Hamburger Abendblatt vom 22.2.2002).

- Einer beim Verlag des Bundesverbandes der deutschen Industrie in Köln veröffentlichten neueren Studie zufolge, die alle bisher praktizierten Gutscheinsysteme untersucht und auswertet, können Bildungs- (und Sozial-)Gutscheine „vor allem dann sinnvoll eingesetzt werden, wenn Effizienzgesichtspunkte im Mittelpunkt stehen“, schreiben die unternehmernahen Autoren. Da „die schulische Bildung ... ein Vertrauensgut ist, bei dessen Bereitstellung die eigenen persönlichen Merkmale ... eine zentrale Rolle spielen,“ ...“ und auch die der Mitschüler, müssen institutionelle Rahmenbedingungen erfüllt sein, um die Chancengleichheit nicht zu verschlechtern“, mahnen die Autoren (Enste/Stettes 2005: 45). 16)

Einige Praxisbeispiele aus dem Ausland

- In der internationalen Diskussion spielt das System der Bildungsgutscheine (auch Vouchers genannt), eine große Rolle: Der Staat (oder die Kommune) gibt Gutscheine mit bestimmtem Wert aus, an alle oder an limitierte Gruppen, die diese dann bei der Schule, Kita oder einem „Anbietern“ einlösen, d.h. Unterricht oder Betreuungszeit bekommen. Die Schule etc erhält dann das Geld, je nachdem, wie viele Gutscheine sie einlöst. Dadurch entsteht ein Quasi-Wettbewerb. Diese schon in den 40iger Jahren entwickelte Idee des neoliberalen „Chikago-Boy“ Milton Friedmann ist weltweit verschiedentlich umgesetzt (USA, Schweden, Niederlande, Chile, Neuseeland), meist aber wegen sozialer Desintegrationsfolgen wieder aufgegeben worden.
- Ein erwähnenswertes anderes Modell wird aus Ontario/Kanada berichtet: „Eltern, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken, wird eine Steuerminderung eingeräumt – 3.500 \$ pro Jahr.“ Der Staat spart trotzdem, da ein Privatschüler nur die Hälfte eines Schülers kostet, der im öffentlichen Schulwesen bleibt (Lohmann 2003a).
- Die Clark-School in Hartford (130 000 Einwohner) in Connecticut (USA) ist die erste Schule dieser Kommune, die mit allen Gebäuden und Lehrern der privaten Aktiengesellschaft EDUCATION ALTERNATIVES (EA) übertragen wurde. Danach wurden 32 öffentlichen Schulen der Stadt für zusammen 200 Mill. \$ jährliches Schulbudget der Privatfirma EA übertragen. Nun ist das Schultor frisch gereinigt, 84 neue Desktop-Computer sind installiert, Sicherheitspersonal eingestellt – aber: In den Schulen der Stadt wurden 300 Lehrer, Reinigungs- und Verwaltungskräfte entlassen, dafür Betriebswirte eingestellt und Reinigungsmaschinen angeschafft. EA hat schon 1995 12 weitere Schulen in Baltimore und Maryland übernommen. Das Konkurrenzunternehmen „Edison Projekt“ hat vertraglich Schulen in Sherman (Texas), Wichita, Kansas, Mont Clement (Michigan) und Boston übernommen. Das Schuljahr wurde dort von 175 auf 203 Tage Unterricht verlängert. Alle Lehrer wurden in achtwöchigen Sommerseminaren auf die Edison-Methode umgepolzt. Die tägliche Unterrichtszeit wurde um 1 ½ Stunden verlängert. Kunstunterricht findet locker auf dem Teppich statt, in den Klassenzimmern gibt es Sofas, bunte Farben an den Wänden. Sylvan-Learning-

16) Diese Studie untersucht ausführlich Gutscheinmodelle in Großbritannien, Schweden, Niederlande, Neuseeland und den USA; vgl. auch: J. Chubb/T. Moe „Politics, Markets and America's Schools“, Washington System (SLS) ist auf Nachhilfe spezialisiert und wird gerufen, wenn einzelne Schüler oder ganze Klassen beim Testen unter Niveau liegen. Mit Fernsehspots lockt SLS lernschwache

Schüler zur Nachhilfe in Läden der Einkaufszentren (Bildungsboutiquen). So in Maryland, Washington und Texas. 50) In 34 Staaten der USA, wo es Bildungsföderalismus gibt, sind solche Privatisierungsschritte mittlerweile möglich. Inzwischen gibt es schon 1700 sogenannte private „Charter Schools“, die von EDISON, aber auch von NOBEL LEARNING (162 Schulen in USA und 7 in China) unterhalten werden (Weiß/Steinert 2001).

- In England treibt die Labour Regierung von Tony Blair die Privatisierung in anderer Weise voran. Gemeinden müssen die Trägerschaft von Schulen an Stiftungen übergeben, die von Firmen, Religionsgemeinschaften oder Wohlfahrtsverbänden gegründet werden. Betreiben Kommunen sie selbst, muß das Bildungsministerium das genehmigen. Private liefern lokale Bildungsangebote für Lehrerausbildung, Lehrpläne, Schulmanagement. Für 177 Mill. Pfund wurde die Privatfirma CAPITA engagiert, um fünf Jahre lang für Grundschullehrer Kurse und Beratungen zu organisieren, wie man bessere Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten vermitteln kann. Die vormals von örtlichen Behörden vorgenommenen Leistungen wie Schulspeisung, Reinigungsdienst, Nachhilfe wurden nun an Privatfirmen vergeben. Das Schulgesetz soll jetzt geändert werden: Bei Schulneugründungen oder wenn bestehende Schulen bei den „National Testings“ (landesweite Massentests, die in Ranking-Listen erfasst werden) durchfallen, sind private Betreiber von örtlichen Schulbehörden anzusprechen, die Schulen zu übernehmen. Auch können diese privatisierten Schulen ihre Schüler auswählen, wenn die Schulen 73.000 € bei Sponsoren aus der Wirtschaft aufbringen. Neue staatliche, weiterführende Schulen in sozialen Brennpunkten, so genannte „Akademien“, sind von staatlichen Lehrplänen freigestellt. Daran können sich Private (Sponsoren) beteiligen, müssen aber 20 % der Investitionskosten aufbringen (ca. 3 Mill. €). Dann baut die Regierung die Schule und übernimmt die laufenden Kosten (durchschnittlich 40 Mill. €), der Sponsor kann nach eigenem Gusto Lehrer einstellen und Lehrpläne einführen. So hat Sir Peter Vardy, ein „Autohändler und fundamentalistischer Christ angefangen, Akademien zu „kaufen“, an denen z. B. Harry-Potter-Bücher und Darwins Evolutionstheorie verboten sind, wofür der Unterricht aber dann nach der streng bibeltreuen Schöpfungsgeschichte läuft. Die neue Labour-Kampagne begann mit einem Weißbuch: „Höhere Standards und bessere Schulen für alle“, so der Titel. Dabei schafft die Gesetzesvorlage gerade die Verpflichtung der Kommunen ab, für jedes Kind einen Schulplatz anzubieten (vgl. Hatcher 2005:3; FR vom 3.3.2006; junge welt vom 7.1.2006).
- Und nicht zuletzt soll erwähnt werden, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank de facto Bildungspolitik mit ganz praktischen Folgen betreiben, wenn sie die Vergabe von Krediten an die Bedingung knüpfen, die Grundschulen zu privatisieren oder weniger staatlich zu fördern oder für den Schulbesuch Gebühren von den Eltern zu erheben oder das Schulsystem zu regionalisieren (siehe z.B. Argentinien, Senegal, Jamaika) oder wie in Nicaragua zuerst auf Verselbständigung der Schulen drängen (vgl. auch Sahrai/Sahrai in diesem Band). 17)

17) Bei internationalen FriedenspädagogInnen-Treffen und den Europäischen Sozialforen in Paris, London und Athen sowie über das „International Network against Merchandising of Education“ wurden Erfahrungen und Beispiele aus zahlreichen Ländern vermittelt. Sie kamen von Wissenschaftlern, Gewerkschaftern, Linken Abgeordneten und Basisaktivisten. Vgl. auch

PDS 2005:24; Capur/Schneider 2004; Hauschild u. a.2004; Bischoff 2004; Renner u.a. 2004; Huffs Schmid 2004; Dietz/Dickhaus 2005.

2. Konsequenzen der Privatisierung der Bildung

In allen bislang vorgestellten Bereichen sind die negativen Folgen der Privatisierung ablesbar: Das Versorgungsnetz wird nach einiger Zeit ausgedünnt – weil sich eben die Versorgung kleiner Dörfer oder von Stadtteilen mit geringer Kaufkraft „nicht lohnt“, das heißt, nicht genug profitabel ist. Zweitens begünstigt die Privatisierung die besser Verdienenden und Mittelschichten: Sie verfügen über die nötigen Informationen über verschiedene „Anbieter“, um echt auswählen zu können. Das belegen auch Untersuchungen im Bildungsbereich: z. B. über das Schulwahlverhalten der Eltern in USA: „Bei einem Großteil [...] der Eltern [...] bestehen ausgeprägte Präferenzen für wohnortnahe Schulangebote. Ein wichtiges Schulwahlmotiv ist auch die Platzierung der Kinder in das gewünschte Sozialmilieu“ (Weiß 2001: 69-85) So stellt die OECD für die Niederlande fest, dass „die Politik der Schulwahlfreiheit von niederländischen Eltern genutzt wird, Minoritätenschulen zu verlassen.“ (OECD 1991) Manfred Weiß (Frankfurt) stellt in einer Übersicht internationaler Trends dazu fest, dass „die Klienten der Bildungsanbieter zugleich ‚Mitproduzenten‘ sind und damit die Klientenselektion eine erfolgsbestimmende Organisationsaufgabe darstellt. Und diese Selektion benachteiligt in der Tendenz bestimmte soziale und ethnische Gruppen.“ (Weiß 2000: 46ff.) Drittens zeigt sich, dass sich nach einiger Zeit die Qualität der nun privat bereitgestellten öffentlichen Güter verschlechtert: Die Privaten sparen Ersatzinvestitionen (Londoner U-Bahn, E- Werke in Neuseeland), stellen schlechter ausgebildetes Personal ein, weil es billiger ist, oder sparen an der Qualität direkt (z. B. Verzicht auf Wasserkontrolle). Im Bildungsbereich liefern private nach einiger Zeit nur noch Standardware: Die drei „Rs“ – wie es die Amerikaner gutmütig erklären: Reading, Writing and Arithmetics). Als Fazit aller Erfahrungen mit der Privatisierung öffentlicher Güter, insbesondere der Bildung, kann festgehalten werden, dass die damit verbundenen Verheißungen, Bildung billiger, bessere Bildung mehr und „kundenfreundlicher“ zur Verfügung gestellt zu haben, ebenso wenig erfüllt wurde, wie das Versprechen an die PädagogInnen eingelöst wurde, vor Ort sachgerechter, also pädagogischer entscheiden zu können und nicht von der Bürokratie der Kultusbehörden abhängig zu sein.

Obwohl alle diese Ergebnisse in der BRD aufgearbeitet und erörtert wurden, obwohl die ausländischen empirischen Befunde übersetzt sind, obwohl die dahinter stehenden ökonomischen Theorieansätze, z. B. die der neoliberalen Humankapital-Theorie, von linken und bürgerlichen Ökonomen kritisiert und wissenschaftlich bekämpft wurden, werden diese Ergebnisse von den deutschen Apologeten des neoliberalen Umbaus einfach ignoriert. Das können sie sich nur deshalb leisten, weil sie sich in eins wissen mit den politischen, publizistischen und ökonomischen Machteliten. Diese folgen jedoch gesamtpolitisch neoliberalen Ordnungsvorstellungen, die nicht einer pädagogischen oder bildungspolitischen Diskussion entsprungen sind, sondern einer ordnungspolitischen. Es geht ihnen um eine andere politische Ordnung, bei der das Subsystem Bildungsbereich eben nicht eine anders geordnete Insel bleiben soll und kann. Im Kern soll hinter die Errungenschaften der französischen Revolution zurückgegangen werden: Bildung, die auf den ganzen Menschen zielt, also auf den „citoyen“ ebenso wie auf den „bourgeois“, und dessen Menschenrechte – die sich maßgeblich durch Freiheiten, aber auch durch Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Teilhabe und Ver-

fügung über öffentliche Güter und die Wertschöpfung materialisieren, werden eingeschränkt. Der Mensch soll auf den „bourgeois“, den Wirtschaftsbürger, den „homo oeconomicus“, den „Kunden“ reduziert werden.

18) ausführlichere Auseinandersetzungen hierzu liefern u.a. Nagel/Jaich 2002; Radtke/Weiß 2000; Schui 2005 und Enste/Stettes 2005 – dort auch ausführliche Literaturverzeichnisse

3. Die aktivierende Politik des Bildungsumbaus: Die Akteure

Die Praxisbeispiele zeigen, dass das staatlich organisierte, steuerfinanzierte Bildungssystem schon seit 20 Jahren in eine neoliberale Umbauphase gedrückt worden ist, vor der viele Betroffene die Augen verschließen, und dessen Tragweite und Folgen viele sich nicht vorstellen können, zumal der Umbau sich nicht systematisch, Schritt für Schritt vollzieht, viele verschiedene Akteure in unterschiedlichen Bereichen aufweist und Elemente oder Schritte umfasst, die im Ausland erprobt und hierzulande unbekannt sind. Diese Erfahrungen und Informationen stehen aber den unmittelbar Betroffenen, den SchülerInnen, StudentInnen, Eltern, PädagogInnen, ja selbst den sie beschließenden Abgeordneten nicht zur Verfügung. Sie werden sogar systematisch vor ihnen verborgen: So laufen die internationalen Verhandlungen über die Fortschreibungen des Welthandelsabkommens über den Dienstleistungshandel (GATS im Rahmen der WTO), bei denen es u. a. um die Zukunft der staatlichen Bildungssysteme geht, hinter verschlossenen Türen, 19) die so verschlossen sind, dass nur der EU-Außenhandelskommissar verhandelt- und der als einziger Deutscher direkt mitverhandelnde Vertreter des Bertelsmannkonzerns (der als Vertreter der Dienstleister-Lobby dabei ist). Gewerkschafter, attac, internationale Nichtregierungsorganisationen sitzen vor der Tür, Bundestags- und Europaabgeordnete werden mit verschleiernenden oder verharmlosenden offiziellen Informationen der EU-Kommission oder vom Bundeswirtschaftsministerium abgespeist. Tacheles geredet wird durch kurzen Draht zwischen den Zentralen der Global Players, also den Konzernzentralen, und den Verhandlern, zwischen Regierungen, meistens den zuständigen Ministern selbst, und den Industrie- und Handelskammern oder den starken Lobbyverbänden, die die meisten nicht kennen und deren Macht und Einfluss erst nach und nach bekannt wird (siehe hinten). Der Umbau vollzieht sich nicht nach öffentlicher Diskussion und politischer Debatte, sondern kommt als vermeintlicher Sachzwang, als ökonomisch und finanziell notwendig daher. Ohne Verschwörungstheorien das Wort reden zu wollen, muss man feststellen, dass sich der Umbau auch nicht anhand eines detaillierten Organisationsplanes mit klar ausgewiesenen Zeitleisten, sondern mehr nach einem Masterplan in Form einer flexiblen Matrix mit langen Zeiträumen vollzieht. Notfalls wird Einiges zurückgestellt, Anderes zeitlich gestreckt, oder es wird blitzschnell auf ein langfristig wirkendes Ziel umgeschaltet – und später, wenn die Umstände und Rahmenbedingungen günstiger sind, wird erneut vorgeprescht. Die langdauernden GATS- Verhandlungen oder die lange Geschichte der Berufsschulprivatisierung in Hamburg sind hier konkrete Beispiele. Zudem, das muss betont werden, entspringen die aktuellen Umbaukonzepte nicht der pädagogischen oder bildungspolitischen Diskussion oder Logik, bedienen sich aber gleichwohl der reformpädagogischen Rhetorik, integrieren geschickt einzelne Elemente und verstecken sich hinter eingängigen anglizistischen und modernistischen Slogans. Diese sind primär ordnungs- und gesellschaftspolitischen Ursprungs: Kein Wunder, beschäftigen sich doch heute oft ordnungspolitisch orientierte Ökonomen und

Gesellschaftstheoretiker intensiver und kreativer mit dem Umbau des Bildungssystems und mit Bildungspolitik als PädagogInnen, Erziehungswissenschaftler oder Bildungspolitiker.

19) vgl. hierzu Fritz/Scherrer 2002: 114; Deckwirth/Fette/Rügemer 2004; zum neusten Stand der GATS- Verhandlungen nach der 6. Ministerkonferenz der WTO siehe: Passadakis 2006: 38ff.

Die Akteure

- Vor Ort sind das oft Schulleiter, Schulräte, JunglehrerInnen und Jungpolitiker von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, die entweder als Glücksritter sensibel genug sind, den neoliberalen Zeitgeist zu erspüren, der uns täglich aus den Massenmedien anweht, oder die ihre individuellen Karrieren an die Umbaukonzepte knüpfen, in ihnen „ihre“ Karrierechance sehen. Oder es sind reformorientierte Linke, die sich an den politischen Verhältnissen in den vergangenen Jahrzehnten vergeblich die Zähne ausgebissen haben und jetzt schnell umspringen, um wenigstens ihre „pädagogische Idee“ zu retten, „um der Schüler willen“. Oder andere, die in der Deregulierung, Dezentralisierung und Flexibilisierung eine Chance sehen, größere Spielräume für langgehegte reformpädagogische Konzepte wahrnehmen zu können, die ihnen das hierarchische, vom preußischen Landrecht herrührende deutsche Schulsystem so lange verwehrte.

- Aber in den oberen Rängen der Kultusbürokratie, der Finanzministerien, der Wirtschaftsverbände und Kommunen sitzen die „Macher“, unterstützt von den Spitzen von SPD, CDU, CSU, FDP und Grünen, verhandelt mit Stiftungen – von der Bertelsmann-, Böll- und Hans-Böckler-Stiftung - und mit Wirtschaftsfunktionären. Der neoliberale Umbau, die aktuellen Reformen kommen „von oben“, „top down“ auf neudeutsch. Das unterscheidet die heutige Reformwelle von denen vorher. Entsprechend ist das Reformvokabular: Aus der bisherigen demokratischen Reformbewegung mosaikartig in das neoliberale und betriebswirtschaftliche Vokabular eingesprenkelt. Ursprünglich demokratisierende Begriffe, allen voran „Selbstverwaltung“, „Autonomie“, „Reform“, „Dezentralisierung“, werden uminterpretiert, mit anderen Inhalten gefüllt und auf neoliberale Zielrichtung zentriert. Verbleibende Ambivalenzen sind für neoliberale Umbauer von Vorteil: erleichtern sie doch nach links die Akzeptanz. Gescheut aber werden durchgängig Begriffe wie „Emanzipation“, „Mitbestimmung“, „Recht auf Bildung“, „Schülerrechte“. Ökonomische Fachbegriffe werden einfach übertragen: „Markt“, „Kunde“, „Effizienz“, „Kosten- und Leistungsrechnung“.

- Zu den Akteuren beim Umbau des Bildungssystems, die im internationalen Rahmen agieren, sind zu nennen: ERT – European Round of Industrialists. Dem ERT gehören vier Dutzend Repräsentanten europäischer Konzerne an: u.a. von Bertelsmann, Siemens, SAP, Bayer, Hoffmann-La Roche, Telekom, Lufthansa, Thyssen-Krupp. Ähnlich ebenso die Vereinigung der Europäischen Industriellen- und Arbeitgeberverbände (UNICE), dem aus der BRD BDI (Bundesverband der deutschen Industrie), BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgebervertreter) und DIHT (Deutscher Industrie- und Handelskammertag, das Dach aller Handelskammern) angehören. Weltweit in dieselbe Richtung auf Privatisierung drängen Welt-

bank, Internationaler Währungsfonds (IWF), Welthandelsorganisation (WTO) und OECD. Das Drängen ist massiv: So wurde die Kreditgewährung schon an die Bedingung geknüpft, Schulen zu privatisieren. Große, internationale Bildungs- und Dienstleistungskonzerne haben sich zu Pressure-Groups zusammengeschlossen, diesen Prozess zu beschleunigen: „Global Alliance for Transnational Education“ (GATE), „European Services Forum“ und „universitas 21“, getragen von Firmen wie Microsoft, Coca Cola, Cisco, AT+T, Hewlett Packard, IBM, Merrill Lynch, Sylvan Learning System (SLS), Educational Testing Service (ETS), Bertelsmann, Siemens, Thyssen-Krupp. Sie veranstalten Messen zum globalen Bildungsmarkt, nehmen internationale Verhandlungen im Rahmen der WTO wahr und sitzen direkt am Verhandlungstisch, wo z. B. nicht einmal die nationalen europäischen Regierungen sitzen, weil die EU – Kommission verhandelt. Die beiden amerikanischen Weltmarktführer des Bildungsmarktes, SLS und ETS, sind bereits in der BRD tätig. SLS wählt schon jetzt alle Graduierten- StudentInnen aus und ETS führt die OECD-PISA- Vergleiche durch – sitzt sogar in dessen Steuerungsgruppe.

- Der ERT forderte schon 1995 Privatisierungen, Effizienzsteigerungen und Deregulierungen im Bildungswesen (ERT 1995), 2001 erschien „Forderung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Wissensökonomie in Europa“. Wenig später traten Andersen Consulting, Arthur D. Little, Schutag Ernst u. Young und Young + Rubican mit „Modell Deutschland 21“ hervor mit der Forderung, Kosten- Nutzen-Bilanzen im öffentlichen Bereich und Wirtschaftskunde in allen Schulen einzuführen. Wettbewerbe sollen gefördert werden (Anderson Consulting 1998).

Seit 2000 werden jährlich große internationale Messen durchgeführt: „World Education Market“ (WEM), z.B. Vancouver, Lissabon, mit über 500 Ausstellern aus 40 Ländern und hunderterten von Organisationen, „das wichtigste Ereignis für Entscheidungsträger im Bildungsbereich“ und „wirklicher eye-opener bezüglich der neuesten Entwicklungen auf dem Bildungsmarkt.“ (Lohmann 2002: 8)

- Auch die UNICE, bereits 1958 gegründet, ist hier zu nennen: Die „Union of Industrial and Employers` Confederation of Europe“. Ihr gehören 34 Industriellen- und Arbeitgebersverbände an, für die BRD der BDI und die BDA. Deren Papier „Für eine Bildungs- und Ausbildungspolitik im Dienst des Wettbewerbs und der Beschäftigung“ von März 2000 lieferte die Blaupause für die Lissabon-Strategie der EU-Kommission 2000 in Lissabon. In sieben Prioritäten wird die „Umgestaltung der Bildungs- und Ausbildungspolitik“ gefordert, und begründet. (Lohmann 2002: 8)

- In der BRD hat die Bertelsmann-Stiftung die größte Bedeutung (siehe auch den Beitrag von Schöller in diesem Band): Vom finanziellen Umfang her, von den eingesetzten Beratern und der Reichweite in viele, viele Schulen und Hochschulen sowie Kultusministerien hinein (Siehe auch vorne. Es ist gut, dass seit dem Bertelsmann- Kongress in Hamburg 2005 jetzt systematisch die Rolle der Bertelsmann-Stiftung aufgearbeitet wird.(Näheres findet sich laufend unter: bertelsmannkritik@web.de; siehe auch Lohmann 2006)

Die politische Rahmung der fortschreitenden Bildungsprivatisierung

Seit 1995 ist durch das im Rahmen der WTO abgeschlossene „Allgemeine Dienstleistungs-Handelsabkommen“ (GATS) Bildung (und alles was damit zusammenhängt) international völkerrechtlich verbindlich als Ware, als Dienstleistung, definiert. Es ist eines von 11 Feldern wirtschaftlicher und staatlicher Tätigkeit aller Art, das nun einheitlich als Dienstleistung bezeichnet und als Ware zu handeln ist. Dazu gehören alle Bereiche des Bildungswesens von den vorschulischen, den schulischen bis zu den berufs- und weiterbildenden Bereichen, auch

die Verwaltung, Testagenturen, Lehrplaninstitute, Weiterbildung. Staaten dürfen nach GATS den Handel nicht beschränken. Steuerfinanzierung gilt als Subvention, die abzubauen oder allen weltweit gleichermaßen zugänglich gemacht werden muss. Ohne öffentliche Aufmerksamkeit und Diskussion hat die EU damals auch für die BRD dies GATS völkerrechtlich verbindlich unterzeichnet. Allerdings hat die EU von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, anzugeben, welche der Dienstleistungsbereiche noch einstweilen bis 2005 vom GATS-Abkommen ausgenommen werden sollen. Bildung, als überwiegend hoheitlich-staatlich erbrachte Dienstleistung, ist so jetzt noch ausgenommen, was aber nicht bis in alle Ewigkeit so bleiben kann, denn – wenn es keine neuen Regelungen gibt – läuft diese Übergangsfrist nach GATS I eigentlich 2005 aus. Und einen einmal liberalisierten Bereich zurückzuholen ist nach GATS schwer möglich, zumal es in der WTO (anders als z.B. in der UNESCO) Klage- und Sanktionsmöglichkeiten mit Schadensersatzleistungen auch für Privatfirmen gibt. Da die Verhandlungen über ein GATS II ins Stocken geraten sind – Ursache sind die überhaupt wegen der weltweiten Proteste verzögerten WTO-Verhandlungen – gilt dieser Schwebezustand zur Zeit noch.

Ebenfalls als Ware und Dienstleistung wird Bildung in der EU-internen „Dienstleistungsrichtlinie“ (Bolkestein) bezeichnet, die als Entwurf der EU-Kommission vorliegt und gerade vom Europäischen Parlament und soeben vom EU-Ministerrat gebilligt wurde. Noch 2006 soll sie von der Kommission verbindlich verabschiedet werden soll. Auch wenn der Ausgang der internationalen Debatte dazu z. Zt. nicht absehbar ist, wird so oder so die Privatisierung von Bildung erleichtert werden, denn – anders als Soziales und Gesundheit- Bildung ist bisher nicht aus dieser Dienstleistungsrichtlinie ausgeklammert worden.

2001 gründeten Bund, Länder, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft die „konzertierte Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ (KAIM) als Teil des „Wettbewerbs um Köpfe und Märkte ...“ Alle Kultusminister, die Spitzen von Hochschulrektorenkonferenz, Dt. Forschungsgemeinschaft, DGB, DIHK, des Goethe-Instituts, der Deutschen Welle und des BDA sind dabei. Man will „das internationale Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ betreiben, um der „amerikanischen Konkurrenz standhalten zu können.“ Hingewiesen wird darauf, dass die fünftgrößte Quelle aller Einnahmen der USA aus exportierten Dienstleistungen bei Studiengebühren und entsprechenden Bildungsangeboten für ausländische Studierende in Höhe von 10 Mrd. \$ pro Jahr ist (vgl. Heinemann 2006).

4. Bildung als Ware

Gemeinsame Grundlage des Umbaus im Bildungssystem ist zweifelsohne die Definition von Bildung als Ware, die auf dem Bildungsmarkt erworben werden kann (GATS, EU- Dienstleistungsrichtlinie). Dennoch muss von einem Quasi- Markt gesprochen werden. Darauf deutet schon allein die in den meisten Staaten bestehende Schulpflicht hin: Der Bürger als Konsument wird ja tatsächlich zur Marktteilnahme gezwungen. Selbst dann kann er nicht einmal wie im Warenhaus auswählen, welche Güter er kaufen will: Ob ich lange oder kurze Unterhosen auswähle – oder lieber nebenan gefütterte Skihosen, entscheide ich als Kunde frei nach meinen Interessen oder Bedürfnissen. Nicht aber, ob ich in einem allgemeinbildenden deutschen Gymnasium Chemieunterricht haben will oder nicht (jedenfalls unterlag schon vor Jah-

ren ein Berliner Gymnasiast vor dem Bundesverwaltungsgericht, weil er an keinem Chemieunterricht teilnehmen wollte – er brauche das später nicht). Auch die staatlich oder gesetzlich verordneten Laufbahnregelungen, Prüfungs- und Examensordnungen oder amtlichen Berufsbilder und die von der Kultusminister-Konferenz (KMK) festgelegten Schul- Abschlüsse lassen kaum Auswahl- Spielraum für den „Kunden“. Also sollte man von einem Quasi- Bildungsmarkt sprechen. Zudem werden erhebliche Kosten durch Steuergelder abgedeckt. Den Steuern dafür kann sich der einzelne Bürger nicht entziehen, selbst wenn man ihn als Kunden bezeichnet. Bildung ist also weitgehend ein gesamtgesellschaftliches Angebot, ein öffentliches Gut, das von Ländern und Kommunen vorgehalten wird, oft auch als öffentliche Daseinsvorsorge oder als hoheitlich erbrachte Aufgabe bezeichnet.

Vom finanziellen Volumen her wird der weltweite „Bildungsmarkt“ mit 27 bis 50 Billionen Dollar jährlich beziffert – mit rasch wachsender Tendenz. Also ein erheblich großer ökonomischer Bereich, der bisher weitgehend der kapitalistischen Verwertung entzogen war. In der OECD wurden Mitte der 90er Jahre 5,9 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgegeben, davon 80 % durch die öffentlichen Haushalte. In den USA war nach Angaben der WTO der Bildungsbereich im Umfang von 740 Mrd. \$ (1999) der zweitgrößte Wirtschaftssektor. Von daher ist es verständlich, dass der Bildungsbereich bei dem in Verwertungsschwierigkeiten geratenen Kapital Begehrlichkeiten weckt. Die dem gegenwärtig vorherrschenden globalen Kasino- Kapitalismus innewohnende Tendenz, alle gesellschaftlichen Bereiche und jeden Winkel der Erde seinem Verwertungsinteresse zu unterwerfen und der Profitlogik auszusetzen, erhöht den Druck auf das bisher staatlich-gesamtgesellschaftlich organisierte Bildungssystem. Zumal, das zeigen die USA, wo die Etablierung von deregulierten „Bildungsmärkten“ weiter fortgeschritten ist und sich große Bildungskonzerne herausgebildet haben, die Profite im Bildungsbereich antizyklisch anfallen: In Wirtschaftskrisen steigen sowohl die staatlichen wie die betrieblichen und erst recht die privaten Bildungsaufwendungen erheblich. Sei es durch Einrichtung staatlicher (oder kommunaler) Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen oder erhöhter privater Ausgabenbereitschaft für Nachhilfe-, Schweißer-, Sprach- oder Computerkurse in der Hoffnung, befürchteter Arbeitslosigkeit zu entgehen. Die Börsenkurse börsennotierter Bildungskonzerne steigen jedenfalls in Krisenzeiten überdurchschnittlich.

Ähnlichen Markterschließungsstrategien ist das Gesundheitswesen, die öffentliche Infrastruktur (Post, Verkehr, Telekommunikation), Wasser- und Energieversorgung sowie Abfallbeseitigung ausgesetzt, z. T. schon viel weitgehender und schon seit Jahrzehnten. Insofern können die Folgen von Marktöffnung, Wettbewerb und Privatisierung in diesen Bereichen genau abgelesen werden, denn das Bildungswesen hinkt hinterher. Dennoch: Aus ökonomisch-theoretischen Gründen können die Ware-Geld-Beziehungen nicht so einfach auf Bildung übertragen werden. Es versagt das übliche Marktgeschehen bei Bildung (Nagel/Jaich 2004: 247ff.), von Marktversagen ist die Rede. Bildung ist ein Vertrauensgut, denn auf zukünftige Erträge und die Qualität der „Ware“ Bildung muss man vertrauen, denn die Güte der „Ware“ kann man nicht abschätzen – wie beim Kauf einer Unterhose im Warenhaus. Die Informationsasymmetrien sind nicht abbaubar.: der „Anbieter“ weiß mehr als der „Kunde“. Zudem sind langfristige Schlüsselqualifikationen schwer einzuschätzen. Bildung im Marktmodell verlangt von den Akteuren, „Anbietern“ wie „Kunden“, dass sie sich in „ein anderes Denkmodell begeben und deren Markt-Koordinaten gewissermaßen internalisieren“ (Jaich 2005). „Du sollst ja auch bei der Entscheidung, ob der unaufmerksame Schüler nach Unterrichtschluss noch einmal zu Dir kommen kann, um die Aufgabe noch einmal erklärt zu bekommen, immer mit bedenken,

was das real den Staat kostet“, so eine Aufforderung. 20) Verhalten „auf Moral, Arbeitsethos, Sympathie oder Solidarität“...“werden systematisch verdrängt, denn auf Märkten werden Wertäquivalente und nicht Wertvorstellungen getauscht“. (Jaich 2005) Emanzipation verzinst sich im Kapitalismus kurzfristig schlecht, und die Förderung aller ist nicht im Interesse der Herrschenden, weshalb sie meinen, auf diese seit der französischen Revolution zweite Funktion von Bildung (den Citoyen heranzubilden), verzichten zu können. Auch wegen der ungenau zu fixierenden Zukunft, meinen sie, auf allgemeinbildende Inhalte verzichten zu können. Man kann also allenfalls von einem „Quasi-Markt“ für Bildung reden.

Dennoch ist die Ideologie in der Bildungsdiskussion vorherrschend: Das Bildungssystem soll rationalisiert, dereguliert und privatisiert werden, weil die Markt- und Konkurrenzlogik die Probleme besser lösen könnte. So jedenfalls das immer weiter wuchernde ordnungspolitisch-ideologische Credo der Neoliberalen. Dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben zurückziehen, dass die Staatsquote drastisch gesenkt werden müsse, dass alle gesellschaftlichen Bereiche der kapitalistischen Marktlogik und dem Konkurrenzprinzip unterworfen werden sollten und dass die öffentliche Daseinsvorsorge deshalb entstaatlicht und dereguliert und der internationalen Konkurrenz geöffnet werden müsse, entspringen nicht nur dem ideologischen Konzept der neoliberalen Schule aus Chicago. Sie entsprechen auch ökonomischen Interessen und sind deshalb auch Frucht der Lobbyarbeit bestimmter großer Konzerne (Global Players). Sie sind Programm neoliberaler Parteien, und auch von bestimmten sozialdemokratischen (Schröder-/Blair-Papier), grünen oder christlichen Parteien übernommen worden. Sie liegen bei den GATS-Verhandlungen international auf dem Verhandlungstisch, sind also reale und konkrete Politik.

Die Abkehr von den Postulaten der Chancengleichheit und des Sozialstaats

Neben der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Kommunen, dem Arbeitsmarkt, der Renten- und Gesundheitspolitik (Agenda 2010), der Verkehrspolitik steht zur Zeit das staatliche Bildungswesen auch in der Bundesrepublik unter besonderem Druck. Die große Koalition aus CDU und SPD und fast alle Landesregierungen haben sich dieser Politik verschrieben. Peer Steinbrück (2006), der neue Bundesfinanzminister, hat das jüngst erneut deutlich gemacht: Der konsumtive, „auf Alimentation ausgerichtete Sozialstaat“ kann nicht wegen der Staatsverschuldung, der sogar immer noch steigerungsfähigen Erwartungen an öffentliche Güter, der demografischen Entwicklung, der globalisierten Konkurrenz und der Kosten der deutschen Einheit „weiterhin im bisherigen Volumen“ finanzieren. „Um diese Aufgaben weiterhin erfüllen zu können, müssen die Leistungen des Staates strikt an die Art ihrer Wirkungen gebunden werden: Was aktivierend wirkt, muss bleiben, und es kann sogar ausgebaut werden, wenn zugleich alles das abgebaut wird, was zu Passivität und übertriebener Anspruchshaltung führt. Es kann nicht das alleinige Ziel des modernen Staates sein, jeden Einzelnen gegen alle Unwägbarkeiten des Marktes zu schützen. Das erste Ziel muss mehr denn je werden, den Einzelnen zur Teilnahme und Teilhabe auf den Märkten zu befähigen. Die Schlüssel dazu sind Bildung und Qualifizierung in ihrer ganzen Palette. [...] Damit wird Chancengerechtigkeit – und nicht Ergebnisgleichheit – zum Grundprinzip eines modernen Sozialstaats. [...] Für die Neuordnung des Sozialstaats, für die klarere Aufgabenteilung zwischen Gesellschaft und Staat, und für die Neujustierung der Gewichte zwischen Eigenverantwortlichkeit und Solida-

rität brauchen wir ein Ordnungsprinzip.“ Anschließend rühmt er sich, dass die rot-grüne Vorgängerregierung die Staatsquote um 3% gesenkt habe. 21)

Gemeinsame gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellung für Sozial-, Renten-, Arbeitsmarkt-, Verkehrs-, Gesundheits-, Bildungs- und Kommunalpolitik ist dabei die Ökonomisierung des Selbst (siehe auch den Beitrag von Röber in diesem Band). Die Individualitätsform des flexiblen Kapitalismus wird als bildungspolitisches Leitbild implantiert. Nicht die „Menschwerdung“, die Emanzipation in und durch die Arbeit als gesamtgesellschaftlicher Tätigkeit, die „Stärkung der Person und die Klärung der Sachen“ (von Hentig) sind länger das Ziel von Bildung, sondern die „Employability“ (Beschäftigbarkeit), „Entrepreneurship“ (Selbst-Unternehmertum) und „Adaptability“ (Anpassungsfähigkeit) – siehe Giddens/Hombach/Schröder/Blair/Steinbrück (vgl. Schröder/Blair-Papier 1998; Hombach 1998: 68ff, 113, 165). Auf Abruf durch den Arbeitgeber („just in time“), eigenverantwortlich ein Leben lang als selbständiger Arbeitskraftunternehmer und selbstverantwortlich für die eigene Bildungsbiografie – das ist das Leitbild, dem das Bildungssystem angepasst werden soll. Die Selbst- oder Eigenverantwortung suggeriert eine größere Handlungsfähigkeit und –freiheit. „Der Pseudoemanzipatorische Beigeschmack verflüchtigt sich allerdings schnell: Unberechenbare Risiken auf globalisiertem Arbeitsmarkt können nicht durch eigenes Handeln beeinflusst werden. Vor diesem Hintergrund wird schnell deutlich, dass es bei neoliberaler „Eigenverantwortung“ nicht um eine Demokratisierung von Entscheidungen, sondern um eine Individualisierung gesellschaftlicher Gefährdungen geht, die auf diese Weise zugleich entpolitisiert werden.“ (Bultmann 2006: 6) Der Staat verlagert die Verantwortung in die private Sphä-

21) Es handelt sich bei den Zitaten um eine Rede Steinbrücks beim Neujahrsempfang 2006 vor der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt/Main (in den „Blättern für Deutsche und internationale Politik“ 2/2006 abgedruckt). Die Senkung der Staatsquote ist eng mit den verschiedenen Maßnahmen zur „Verschlankung“ des Staates und einer entsprechenden Reform des öffentlichen Dienstes verbunden – Synonym für eine Vielzahl von konzeptionellen Vorschlägen zum Abbau des Sozialstaates. Vgl. auch die ausführliche Auseinandersetzung damit in M. Böttcher/E. Lieberam 1998; dort auch ausführliche Literaturangaben.

re und verstärkt die Ungleichheit. Dabei ist es fast egal, ob das öffentliche Gut Bildung durch Privatisierung der Träger von Bildungseinrichtungen oder schrittweise Erhöhung der Eigenfinanzierungs-Anteile teilprivatisiert wird. Das Ergebnis ist ähnlich. „Der gesellschaftliche Umfang der Bereitstellung dieses Gutes und das Niveau seiner Nutzung in der sozialen Breite wird eingeschränkt“ (Bultmann 2006: 6). Das hat PISA II gerade empirisch nachgewiesen.

Doch der Privatisierungsprozess läuft den Akteuren zu langsam und zu widersprüchlich. Darum soll auch der „Einfluss der Wirtschaft“ vergrößert werden, um diese aus der betrieblichen Organisation herrührenden Prinzipien schneller und garantiert dauerhafter im Bildungssystem zu verankern. Chancengleichheit muss dazu allerdings umdefiniert werden: Es ginge nicht mehr um Gleichheit im Ergebnis, sondern im Zugang, wobei man allerdings auch eine zweite Chance haben sollte (Hombach/Blair/Schröder/Steinbrück). Die damalige SPD-Kultusministerin Behler (NRW) drückt das so aus: „Die Forderung nach Chancengleichheit im Bildungswesen war in den Anfängen der Arbeiterbewegung ein zentrales Instrument über das die Befreiung der ganzen sozialen Gruppe angestrebt wurde. Heute hat sich die Blickrichtung von der sozialen Klasse hin zum Individuum verschoben. Es geht jetzt bei der Forderung nach Chancengleichheit mehr um die bestmögliche Ausstattung jedes Einzelnen.“ (Behler 1999)

Damit wird der Begriff Chancengleichheit entpolitisiert und von der Verknüpfung mit dem Ziel einer gerechteren Gesellschaft gelöst. Das Ziel, strukturell gleiche Lebenschancen für alle herzustellen, wird ersetzt durch das Ziel, die Individuen einzeln auszurüsten, dass sie in ihrer Biografie den lebenslangen Konkurrenzkampf individuell gut führen können. Dabei gibt es Differenzen: Sagen die Radikal- Neoliberalen, dass jeder Mensch von Natur aus marktfähig sei, so sagen die neoliberalen Sozialdemokraten, dass jeder Mensch erst marktfähig gemacht werden müsse (Giddens/Hombach/Steinbrück). Da, so die bayrisch-sächsische Zukunftskommission schon Anfang der Neinziger, in Zukunft bei Fortschreibung des jetzigen Produktionsniveaus nur noch 20% der jetzigen Arbeitskräfte gebraucht werden und weitere 30% für gelegentliche Dienstleistungen, sind 50% der Menschen eigentlich für die zukünftige Produktion überflüssig. Also muss bis Kl. 4 die Selektion verstärkt werden, um die Fittesten für die dann erfolgende Elitebildung (KMK: „Excellenzen“) ausgesucht zu haben. Warum soll dann ab Kl. 5 in „alle Kinder noch eine breite Bildung“ investiert werden? Nach der Grundbildung, die durchaus staatlich organisiert und finanziert bleiben kann, gibt es kontingentierte Staatszuschüsse (Bildungsgutscheine, Bafög) – um Elitebildung zu fördern und dem niederen Bildungswesen eine andere Funktion zuzuschreiben: „to cool out the kids“ – also Warteschleifen zu legen, bis die Jugendlichen selbst nicht mehr erwarten, aber ruhiggestellt sind. Deshalb muss die Kohäsion der Gesellschaft betrieben werden (die französischen Vorstädte schrecken!). Dass das ernsthaft diskutiert wird, zeigt der Kongress der deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft Halle (11.-13.3.1996) (vgl. Benner 1996)

Und ein Zweites ist nach den internationalen Erfahrungen bedeutsam: Wenn erst einmal die einzelne Bildungseinrichtung aus der staatlichen Verwaltung herausgelöst worden ist, regionalisiert – wie z. B. auf Verlangen des IWF in Argentinien 1992 – oder selbständig oder selbstverwaltet – wie es in mehreren Schulgesetzesnovellen verschiedener Bundesländer jetzt vorgesehen ist – ist sie den mit allen Methoden modernen Marketings vertrauten Global Players, den großen Konzernen und regional mächtigen Firmen ausgeliefert. Kita-Leitungen, Schulleitungen und Hochschulpräsidenten sind weder betriebswirtschaftlich noch verwaltungsmäßig ausgebildet. Ihnen wird ein zu geringes Zeitbudget für Leitungsaufgaben zur Verfügung gestellt, so dass ihnen das „Angebot“ einer Privatfirma, eines großen Konzerns oder z. B. der Bertelsmann-Stiftung, wie eine Befreiung aus Überforderungssituationen erscheint: Sei es bei der Schulprofil-Erarbeitung, der Personalauswahl, der Budget-Verwaltung, den Um- und Anbauten oder Renovierungen und der wissenschaftlichen Begleitung. Die Orientierung auf betriebswirtschaftliche Effizienz, Kosteneinsparungen oder zentral erfasste Testergebnisse und Ranking – Listen lässt den normativen Bezugspunkt der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle, auf deren Nutzung jeder einen (Grund-)Rechtsanspruch hat, verschwinden. Und institutionell geschieht etwas Zweites: Die Herauslösung aus dem öffentlichen Dienst, aus der herkömmlichen öffentlichen oder kommunalen Verwaltung lässt das Öffentliche, die parlamentarische politische Kontrolle verschwinden. Eine Entpolitisierung findet statt, weil der Übergang von einer primär rechtlichen Steuerung zu einer durch ökonomische Kennziffern die Verbindung zur Politik kappt. Wichtige Investitionsentscheidungen, die Personalakquisition, Haushalte und Abrechnungen werden nicht mehr öffentlich verhandelt, sondern verschwinden hinter „Geschäftsgeheimnissen“ und komplizierten Verträgen mit fernen Gerichtsorten, z. T. in USA. Mitbestimmung und demokratische Teilhabe, die den Zugang zu den Grundrechten für alle sichern, gehen verloren, Entscheidungen fallen in entfernten Konzernzentralen. Wie das wirkt, kann man gerade in der Wirtschaft bei Opel, den Preiserhöhungen bei E.ON oder Vat-

tenfall oder bei EADS Airbus oder bei AEG/Elektrolux ablesen. Die Entpolitisierung vor Ort geht mit Machtzuwachs der Zentralen einher, weshalb sich Wertschöpfung, Personalpolitik und Standortentscheidungen nach deren Interessen richten, nicht nach denen vor Ort (vgl. Felder o.J.: 7).

5. Die Verbetriebswirtschaftlichung der Bildung: Eine neue Ordnungspolitik

Hinter den Verheißungen von Deregulierung, Dezentralisierung, Autonomie, Stärkung der Eigen- und Selbstverantwortung findet aber genau das Gegenteil statt: Zentralisierung der wichtigen Entscheidungen, Entstehung einer neuen Hierarchie bei Vorgesetzten unten und ein Rollenwandel bei den Beschäftigten vor Ort. Nicht der selbstverantwortlich auf Daseinsvorsorge für alle agierende Wasserwerker oder Müllmann, die Erzieherin oder Pädagoge sind länger berufliche Leitbilder, sondern der auf ökonomische Effizienz getrimmte Agent ferner Monopole, der auf seine ökonomischen Kennziffern schießt, der just-in-time-Zertifizierer und Selbstvermarktungstrainer, gepolt als Wissensvermittler von Modulen – auch wenn mancher subjektiv Freiheits- und Selbstverantwortungsgewinne erwartet. Welcher mehr selbständig handelnde Schulleiter kann es in Zukunft mit Beauftragten oder Anwälten oder den Konzernzentralen von Bertelsmann, Siemens, Sylvan-Learning-System oder Educational Testing Service aus Gütersloh, München oder den USA aufnehmen? Schon bisher waren Stadtverwaltungen und Gemeinderäte zahlreichen Konzernzentralen ausgeliefert. Die Öffentlichkeit und die politisch Gewählten werden nur zu Beginn unter Druck gefragt, später bei der Privatisierung jedenfalls herausgehalten. Sie müssen ja nicht einmal mehr jährlich über Budgets abstimmen. Dabei erweist sich – jedenfalls für den Bildungsbereich und vor allem die allgemeinbildenden Schulen – dass die Public-Private-Partnership (PPP, ÖPP) vorteilhafter als die völlige Privatisierung ist: Das Privatunternehmen partizipiert an der Steuerfinanzierung, sichert sich aber dennoch den Einfluss und die Letztentscheidung. Die Penetration gelingt schneller, weniger kostenaufwendig, subtiler und lautloser. Parallel dazu greift die neue, in der EU verabredete Regulationsweise: Anstelle stabiler, verbindlicher juristischer Regulierung in nationalen Gesetzen (oder internationalen und privatrechtlichen Verträgen), die der fordistischen Regulationsweise in der Wirtschaft entsprach, tritt „new governance“, mit dem Lissabon – Prozess 2000 EU- weit verbindlich gemacht. Das ist die offene Methode der Koordinierung. Zielverabredungen, Pilotprojekte, normsetzende Vergleiche (wie bei PISA), Benchmarking, Ranking-Listen, „naming und shaming“ (namentlich machen und beschämen), Controlling und Leitbilder, Ziel- und Leistungsvereinbarungen (Contracte) und Neues Steuerungsmodell. Sie stellen diese neue postfordistische Regulationsweise im staatlichen Bereich dar. EU, OECD (PISA!!) forcieren dies – im Sinne Gramscis kann man es als « passive Revolution » bezeichnen. Die Schlüsselbegriffe sind hier Dezentralisation, Deregulierung, Gewinn subjektiver Freiheit, Eigenverantwortung, Markt, Konkurrenz, selbständige Schule (vgl. Felder 2001; Lohmann 2003b und 2006; Felder/Statz/Tidow 2001).

Dabei kann sogar auf die Sympathie der Betroffenen gerechnet werden, fallen dabei doch manche überkommenen obgrigkeitsstaatlichen Zöpfe. Dabei ist aber ein schleichender Prozess der Zentralisierung unübersehbar: Die normsetzenden Vergleiche organisiert die OECD, unterstützt von nationalen Beratern, die internationale Deregulierung erfolgt durch GATS und die EU- Kommission (Dienstleistungsrichtlinie) und die Kultusverwaltungen setzen zentral die Parameter fest (Personalschlüssel, Budgets- z.T. sogar mit Kürzungsquoten (z. B. in Hamburg „Abwachs faktor“, in Hessen „Effizienzdividende“ genannt) und Standards. Die OECD

nennt das „Indikatoren“. Diese Indikatoren werden nicht mehr öffentlich oder gar parlamentarisch diskutiert. Der Staat steuert dann zunehmend aus der Ferne nach diesen Indikatoren und schiebt Konflikte auf die untere Ebene, wo Lehrer, Schüler und Eltern mit anderen Gemeindegürgern um die Verwendung der knapper gewordenen Ressourcen konkurrieren (Klausenitzer 1999). Die OECD legt erstmals Vergleiche der Entscheidungskompetenzen im Bildungsbereich als einen weiteren Indikator vor. Für Viele überraschend gehört die BRD zu den vier Ländern (von 25 untersuchten), in denen in den Schulen 2003 weniger Entscheidungen gefällt werden als im Vergleichsjahr 1998, nämlich 17% weniger. Vor allem in den Bereichen Struktur- und Planungsangelegenheiten, während die Ressourcenverwaltung in den Schulen heute stärker ist. Damit bestätigt sich auch hier die Einschätzung der Linken, dass die Einführung des Neuen Steuerungsmodells und der größeren Selbstständigkeit der Schulen zwar die Verwaltung des Mangels an die Schulen delegiert, die wirklichen Planungs- und Struktur-Entscheidungen aber stärker zentralisiert sind (vgl. OECD 1999, 2000).

Dieser Trend wird sich noch verstärken, wenn – wie von allen Länderregierungen beschlossen – die Steuerungssoftware SAP R 3 erst als zentrales Steuerungsinstrument für alle Verwaltungen installiert sein wird, auch für Schulen, Hochschulen. Das geschieht gegenwärtig sukzessive in den Behörden- mit enormen Kosten. So gibt z. B. Hamburg dafür jährlich 9 Mill. € aus. SAP R 3 eignet sich dafür besonders gut, weil es sich als „funktionales System mit einem hierarchischen Datenmodell nach dem Top-Down-Prinzip“ erfolgreich in 80 von 100 der größten Firmen in der BRD bewährt hat, effiziente Steuerung zu gewährleisten. Versucht SAP R 3 doch, „alle Unternehmensprozesse in betriebswirtschaftliche Logik gemäß unterstellter „Best-Way-Lösung“ zu integrieren.“ (Pfeiffer 2003:9) Wie man in den Finanzbehörden der Bundesländer hören kann, ist die flächendeckende Implementierung in alle Behörden mittlerweile ins Stocken geraten. Einmal, weil sich die kameralistisch geschulten Beamten sperren (also an die bisherigen Haushaltsregelungen, dass das Parlament Planstellen und Sachmittel sowie den Investitionshaushalt beschließt, die Jahr für Jahr von der Verwaltung ausgegeben und abgerechnet werden), auf die betriebswirtschaftliche Buchhaltung (Doppik) umzusteigen. Zum Zweiten, weil SAP R 3 Bedenken bei Beschäftigten und Personalräten ausgelöst hat, weil das in dieser Software enthaltene Modul CO zur Leistungs- und Verhaltenskontrolle geeignet ist und drittens, weil sich im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich Probleme ergeben haben, soziale Prozesse in die betriebswirtschaftliche Logik von SAP R 3 zu pressen. Sie ergeben nämlich nicht einfach ökonomische Kennziffern. Diese müssen erst entwickelt werden. Selbst das auf die Jugend- und Sozialhilfe übertragene „Balanced –Scorecard-System“ (BSC) aus den USA, das als erfolgsorientiertes Zielzahlen-System in Sachsen in ausgewählten Kreisverwaltungen seit fünf Jahren als Pilotprojekt eingeführt wurde, weckte Widerstände, weil es sich als mitbestimmungsfeindlich und primär als Einsparmodell entpuppte. „Ein wesentliches Element eines Zielzahlensystems ist es, dass gerade dieser Erfolg aufgezeigt und ständig überprüft werden kann.“ (Pfeiffer 2003: 9) Die finanziellen Zielzahlen wurden als Budgets der Ämter nach dem Neuen Steuerungsmodell verstanden. „Die Mitarbeiter“, so wird berichtet, „wachsen in das betriebswirtschaftliche Denken und Handeln hinein.“ (Pfreundschuh 2003: 241)

Konnte man im sächsischen Beispiel noch mit wenigen Kennzahlen (Fallzahlen, Kosten, Einwohnerdichte, fachliche Steuerung) arbeiten, erweist sich der Bildungsbereich als weitgehend kennzahlenresistent, will man auf ihn das BSC-System übertragen – wie es in Hessen seit 2003 bei den staatlichen Fachschulen versucht wird. 22) Dort sind z. B. Abbrecherquote, Vermittlungsquote am Arbeitsmarkt, Unterrichtsabdeckung, Kundenzufriedenheit, Notendurchschnitt, Anwesenheitsquote, Zahl und Art der Konferenzen, Anzahl der Bewerber je frei

Stelle, Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, Grad der Schülerzufriedenheit, Anzahl der Bewerber auf einen Ausbildungsplatz Kennziffern von insgesamt 27, die für ein BSC- Verfahren an diesen Fachschulen aufgestellt wurden (vgl. Pfreundschuh 2003: 243). Kennziffernexperten unter den Betriebswirtschaftlern stehen nun die Haare zu Berge, weil sich darunter „unechte“, willkürlich gegriffene oder gesetzte Kennziffern befinden, die sich eben nicht einmal für eine betriebswirtschaftlich saubere Steuerung eignen. Die Anzahl der Bewerber auf eine freie Stelle kann eben von der Schule nicht, die Anzahl der Bewerber auf einen Ausbildungsplatz kaum und der „Anteil der SchülerInnen mit Migrationshintergrund“ gar nicht beeinflusst werden. In Niedersachsen werden die Berufsschulen nach dem ProReKo-Projekt mit vier Kennzahlen gesteuert. 23) Die in Niedersachsen nach einem Bund-Länder-Kommissionsversuch „Qualitätsverbesserung in Schulen und Schulsystemen“ (QuiSS) laufenden allgemeinbildenden Pilotschulen sollen über sogenannte Indikatoren nach sechs Bereichen mit 32 Qualitätsmerkmalen und 90 Qualitätskriterien gesteuert werden. Die federführende Projektgruppe hat dies aber wegen „Nichtsteuerbarkeit“ durch diese Indikatoren verworfen. QuiSS hat nicht zahlenmäßig bezifferbare Kennzeichen erfasst, die als „unechte“ Kennziffern auftauchen. 24) Darunter z. B.: „errungene Auszeichnungen der Schule und Qualitätspreise“, „dokumentierter, gemeinsamer Katalog von Maßnahmen mit Priorisierung“, „schriftliche Vereinbarung Schule-Schulbehörde“ und „Schulleiter und Lehrer“. Solche gesetzten oder von einer Schulinspektion „aus dem hohlen Bauch“ heraus oder individuell festgelegten Kennzahlen konterkarieren das Steuerungssystem oder dokumentieren allenfalls Herrschaft. Welche echte Kennziffer soll denn auch „soziales Verantwortungsgefühl“, „Verständnis für ökonomische Zusammenhänge“ oder „mannschaftsdienliches Fußballspiel“ bei Schulabgängern bekommen? Oder, wenn eine Schule bewertet werden soll, „soziales Engagement von Lehrern“ oder „antirassistische Schule“ bei einer SOS-Schule? Selbst die scheinbar objektive Kennziffer „erreichter Hauptschulabschluss“ gibt die soziale Realität nicht wieder: In einer meiner Hamburger Hauptschulklassen erreichte der faule Sohn eines Rollrasenexporteurs, der glänzende Geschäfte in Saudi-Arabien machte und den Junior schon als Erben sah, gerade eben den H-Abschluss altersgemäß. Der unbegleitete 18jährige Flüchtlingsjunge aus dem Libanon, der nach mehrjährigem Bürgerkrieg und eineinhalbjährigem Schulbesuch in Hamburg alphabetisiert worden war, erreichte diesen wegen fehlender Deutsch- und Englischkenntnisse nicht, obwohl er sich auf Französisch verständigen konnte und arabisch sprach sowie fast perfekt als KfZ-Schlosser im Betriebspraktikum bestand. Dagegen schaffte es der Spätaussiedler aus Wroclaw mit 19 Jahren im 3. Anlauf gerade so eben. Er war einer der wenigen, der sofort eine Lehrstelle bekam, weil er Schweißen und Löten konnte und sich mit Autos bestens auskannte.

Die Kennziffer „schriftliche Vereinbarungen“, auch Contracte oder Lernvereinbarungen genannt, hat nun schlechterdings nichts mehr mit betriebswirtschaftlicher Kennziffer zu tun. Wenn dann vielleicht in der Rankingtabelle noch der Erfüllungs- oder Erreichungsgrad eine Rolle spielt, wird das Ganze zur Farce. Ich meine solche Kennziffern aus Contracten wie:
22) „BSC-Vorschlag für staatliche Fachschulen,“ Hessen, maschinenschriftlich, 10. 11. 2004
23) läuft an 19 Berufsschulen seit 2004 für fünf Jahre, spätestens 2005 wird in allen übrigen Berufsschulen dort das Qualitätsmanagement nach dem EFQM-Modell eingeführt
24) H. Storm (GEW Hessen) „Kritische Anmerkungen zur Kennziffern- und Qualitätsdebatte“, maschinenschriftlich, 25. 1. 2005

werden“, oder: „Ich finde bis spätestens 2. 5. einen Praktikumsplatz“. Oder die schriftliche Zusage: „Frau Müller macht mit unserer Klasse Rollenspielbewerbungen zu telefonischen Bewerbungen“. Das sind unechte Kennziffern aus Contracten (diese Zitate sind kein Witz: Sie stammen aus den schriftlichen Beispielen, die die Leiterin eines schulinternen Fortbildungskurses einer Hamburger Gesamtschule den Teilnehmern gab). Ihr Erreichungsgrad gibt keine Aussage über gute Qualität, also können die Ziele, mehr Transparenz und Qualitätssteigerungen markieren und den schulischen Prozess besser steuern zu können, damit eben nicht erreicht werden. Aber genau dazu finden nun massenhaft Lehrerfortbildungen statt, die die LehrerInnen auch noch bezahlen und in ihrer Freizeit absolvieren müssen, angeboten von hochbezahlten, freiberuflichen Trainern (Storm 2005, siehe Fußnote 24).

Schluss: Die Verteidigung der Aufklärung

Überall regt sich gegen diese Verbetriebswirtschaftlichung von Bildung, gegen die Etablierung eines Bildungsmarktes und die Behandlung von Bildung als Ware, gegen die Unterordnung der Pädagogik unter die Ökonomie Widerstand: Auf Eltern- und Lehrerversammlungen, im Regionalparlament von Wales (das kurzerhand das National Testing für Wales aussetzt), auf den Straßen in Ekuador gegen die Auflagen des IWF, an Hochschulen und in Volksinitiativen (Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Hamburg).

Auch auf den Europäischen Sozialforen ist die Privatisierung im Bildungsbereich immer wieder Gegenstand von Diskussionen und Erfahrungsaustausch. Daraus hat sich ein internationales „Network against merchandising of education“ gebildet. Auch die Bildungsinternationale (BI) wendet sich dagegen und informiert laufend über die GATS-Verhandlungen. Im Kern geht es allen diesen um die Verteidigung des aufklärerischen, ganzheitlichen Bildungsverständnisses – gegen das Verständnis von Bildung als „competencies“, „skills“ oder „literacy“, für die gesellschaftliche, von der Gemeinde oder dem Staat wahrgenommene Verantwortung für Bildung, um die Autonomie des Pädagogischen und dessen emanzipatorischer Zielsetzung. Und es geht um die Erhaltung der demokratischen Kontrolle und Steuerung, um die kulturelle Vielfalt (UNESCO). Es ist aber auch deshalb Zeit, gegen den Mainstream-Konsensus offensiv anzugehen, dass Bildung eine Ware sein soll, dass Marktlogik und Konkurrenz die Probleme besser lösen könne, weil die Ökonomisierung und Privatisierung die Probleme des Bildungssystems eben nicht löst – was zwar überall noch versprochen wird – dafür aber zweierlei offensichtlich produziert wird: Einsparung von Ressourcen und soziale Polarisierung. Von der Zerstörung des pädagogischen Impetus bei der PädagogInnen gar nicht erst zu reden. Es ist an der Zeit, aus der Verteidigung des Pädagogischen herauszutreten, und sowohl der marktradikalen Variante des neoliberalen Bildungskonzepts, dass alle Bildung eine Ware sei, wie der rot-grünen Variante, dass die Individuen erst marktfähig gemacht werden müssten, notfalls mit zweiter Chance, dadurch entgegenzutreten, dass die Folgen dieser Umbaupolitik deutlich benannt werden. Denn daran ist abzulesen, dass weder die Bildung verbessert wird, noch dass sie allen zugute kommt, noch dass sie emanzipativ wirkt. Das hieße, überall und immer zuerst zu fragen: Umbau – mit welchem Ziel? Steuerung – durch wen? Standards und Qualität – welche? Bildung – welches Verständnis von Bildung? Autonomie – wer ist von wem autonom? Und warum? Selbstverwaltung und selbständig – nur in der Verwaltung des Mangels oder auch bei der Bemessung der Ressourcen? Gleichzeitig müssten alle Demokraten, die PädagogInnen selber, die Linke formulieren, welche Bildung sie selbst

wollen, welche Reformen notwendig sind, und wie sie von unten durchgesetzt werden können.

Wenn in Cochamchamba die Re-Kommunalisierung der Wasserversorgung, in Neuseeland die Wieder-Verstaatlichung der Elektrizitätserzeugung, in Wales der Ausstieg aus der Massentestung, in Schweden die Rückgängigmachung des Gutscheinsystems und in Hamburg die Verhinderung der direkten Privatisierung der beruflichen Schulen gelingt, bin ich eigentlich ganz sicher, dass trotz 20-jähriger Bemühungen, einen globalen Bildungsmarkt zu etablieren, das Großkapital diesmal nicht durchkommt.

Literatur

1. Anderson Consulting/Little/Ernst Young/Rubican 1998 „Modell Deutschland 21“, Reinbek
2. Behler, G., Rede in Potsdam, 12. 11. 1999
3. Benner, D. (Hrsg.) 1996 „Bildung zwischen Staat und Markt“, Kongressband der DGfE 11. – 13. 3. 1996, Halle/S., Weinheim (zugleich Beiheft 35 der Zeitschrift für Pädagogik)
4. Bertelsmann Stiftung/Kultusministerium NRW 2000 „Bildung gestalten – selbständige Schule NRW“
5. Bischoff, J. 2004 „Die Privatisierung öffentlicher Güter“, Hamburg
6. Böttcher, M./Lieberam, E. 1998 „Der schlanke Staat- Reformrhetorik und Systemreform“, maschinenschriftlich (Papier der PDS- Bundestagsfraktion)
7. Bultmann, T. 2006 „Chancengleichheit, Eigenverantwortung und die soziale Funktion staatlicher Transfers“ in „Chancengleichheit qua Geburt?“, BdWi-Studienheft 3, S. 6ff
8. Bürsch, M. (SPD MdB) 2005 „Bericht zur Förderung von ÖPP“, 11. 5. 2005 (der zum ÖPP-Beschleunigungsgesetz führte, das der Bundestag noch schnell vor der Neuwahl verabschiedete)
9. Capur, B./Schneider, A.K. 2004 „IWF und Weltbank“, Hamburg
10. Chubb, J./Moe, T. „Politics, Markets and Americas Schools“, Washington
11. Compaq 2000, Presseinformation <http://extranets.emea.compaq.com/gbl/compaqD21>
12. Deckwirth, C./Fette, D./Rügemer, W. 2004 „GATS lokal“, WEED Bonn
13. DGB NRW 2002, Stellungnahme als Zwischenauswertung, 22. 1. 2002
14. Dietz, R./Dickhaus, B. 2005 „Dienstleistungen unter Privatisierungsdruck- Folgen von Privatisierung und Liberalisierung in Europa“, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
15. Enste/Stettes 2005 „Bildungs- und Sozialpolitik mit Gutscheinen“, Köln
16. ERT 1995 „Bildung für Europäer“, Köln
17. Erziehung und Wissenschaft (Baden- Württemberg) 2002, Ausgabe Oktober 2002
18. EU-Kommission 1999 „Indikatoren und Benchmarks für die Qualität der schulischen Bildung“, 2. Fortschrittsbericht (mit 16 Indikatoren)
19. Felder, M. /Statz, A./Tidow, S. 2001 „Alter und neuer Intergouvernementalismus“, maschinenschriftlich, Duisburg
20. Felder, M. „Staat GmbH“ in „Schule als Betrieb“, Broschüre der GEW- Hamburg, o. Jahr, S. 7f
21. Felder, M. 2001 „Die Transformation der Staatlichkeit“, Wiesbaden
22. Flitner, E. 2006 „Pädagogische Wertschöpfung – zur Rationalisierung von Schulsystemen durch Public-Private-Partnership am Beispiel von PISA“, in: Oelkers u.a. „Rationalisierung und Bildung bei M. Weber“, Bad Heilbrunn
23. Frankfurter Erklärung 2005 „Fünf Einsprüche gegen die technokratische Umsteuerung des Bildungswesens“
24. Fritz, Th. /Scherrer, C. 2002 „GATS –zu wessen Diensten?“, Hamburg
25. GEW 2003 „Die demokratische Schule“ (NRW), Nov. 2003, S. 4, Essen
26. GEW 2006a „Privatisierungsreport“, Frankfurt
27. GEW 2006b „Die demokratische Schule“ (NRW), Jan./Febr. 2006, Essen
28. GEW 2005 Info- Hamburg, April 2005, Rundschreiben des Bezirkspersonalrats Lüneburg, 6. 4. 2002
29. Hamburger Senat 1998a Senatsdrucksache 16/1158
30. Hamburger Senat 1998b Senatsdrucksache 29/30/698
31. Handelskammer Hamburg 2001 „Schulen auf Leistungskurs bringen, Januar 2001
32. Handelskammer Hamburg 2002 „Wirtschaft unternimmt Berufsschulen-Berufsschulen auf Zukunftskurs“, Umsetzungsleitlinien der Hamburger Wirtschaft
33. Hatcher, R. 2005 „Die Sponsoren kommen“ in „Le Monde Diplomatique“, 13. 5. 2005, S. 3
34. Hauschild, P. u.a. 2004 „Privatisierung – Wahn und Wirklichkeit“, Hamburg
35. Heinemann, K.H. „Das Geschäft mit der Bildung“ in „Freitag“, 12. 2. 2006
36. Hombach, B. 1998 „Aufbruch – die Politik der neuen Mitte“, München
37. Huffschmid, J 2004 „Die Privatisierung der Welt“, Hamburg

38. Jaich, R. 2005 „Finanzierung und Ökonomisierung von Bildung“, 9. Bildungspolitische Konferenz der PDS, 3. – 5. 6. 2005, Weimar
39. KGSt 2003 „Regionale Bildungsbüros“, Köln
40. Klausenitzer, J. „Privatisierung im Bildungswesen“, in „Die Deutsche Schule“, 4/1999, S. 505
41. Klausenitzer, J. 2002 „Altes und Neues“ in „Widerspruch“ 85, März 2002, Zürich
42. Lohmann, I. 2003 „Universitäten im globalen Bildungsmarkt“ in „Widerspruch“ 45, Zürich
43. Lohmann, I. 2006 „Die „gute Regierung“ des Bildungswesens: Bertelsmann-Stiftung“, Referat 20. DGfE-Kongress 20. – 22. 3. 2006 Frankfurt, Symposion 19 <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/personal/lohmann/publik/BertelsmannStiftung.pdf>
44. Lohmann, I. 2002 „Die Bildungspläne der Marktideologen“ in „Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik“ 78 (3) 267-269
45. Lohmann, I. 2003a Referat am 21. 3. 2003 in Hamburg beim Start der Volksinitiative „Bildung ist keine Ware“
46. Lohmann, I. /Rilling, R. (Hrsg.) 2002b „Die verkaufte Bildung“, Opladen
47. Nagel, B./Jaich, R. 2004 „Bildungsfinanzierung in Deutschland“, Baden- Baden
48. Nagel, B./Jaich, R. 2002 „Bildungsfinanzierung in Deutschland“, Gutachten für die Max-Traeger-Stiftung (GEW)
49. NRW Bildungskommission 1995 „Schule der Zukunft- Zukunft der Schule“
50. OECD 1991 „Review of National Policies for Education: Netherlands“, Paris
51. OECD 2000 „Lernen für das Leben – OECD- Indikatoren“, Paris
52. Passadakis, A. 2006 „Der Freihandelszug dampft weiter“ in „Sozialismus“, 3/2006, S. 38
53. PDS 2005 „Zukunftswerkstatt Schule“, 4 Hefte mit Materialien der 9. Bildungspolitischen Konferenz, 3. -5.6.2005, Weimar
54. PDS 2001, Flugblatt Hamburg
55. Pellizzari, A. 2001 „Die Ökonomisierung des Politischen“, Konstanz
56. Pfeiffer, S. „SAP R 3 + Co- Integrierte betriebswirtschaftliche Systeme als stille Helferlein des Lego-Kapitalismus“ in „FiFF-Kommunikation, 3/2003, S. 9
57. Pfreundschuh, G. 2003 „Von der Balanced Scorecard zum „Erfolgsorientierten Zielzahlen-System“ in „Verwaltung und Management“ 5/2003, S. 241
58. Renner, E. /Ribolits, E./Zuber.J 2004 „Wa(h)re Bildung, Schulheft, Wien
59. Ring, 2005 H. Bertelsmann-Dossier, GEW Hamburg
60. Rügemer, W. (Hrsg.) 2004 „Die Berater“, Bielefeld
61. Schneider, J.P. Rechtsgutachten, Mai 2003, Hannover
62. Schomerus und Partner 2002 „Übertragung der Hamburger Berufsschulen auf einen wirtschaftsnahen Träger – wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen“ (63 Seiten mit 20 Anlagen von weiteren 38 Seiten), Hamburg
63. Schopf, M. 2002 „Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Berufsbildungszentren“, maschinenschriftlich, 28. 2. 2002, Hamburg
64. Schui, H. in „Zukunftswerkstatt Schule, 3/2005, S. 44
65. Steinbrück, P. 2006, Rede in „Blätter für deutsche und internationale Politik“, 2/2006, Köln
66. Sterzel, D. „Verfassungsrechtliche Grenzen der Entstaatlichung des Lernortes Schule im Dualen Ausbildungssystem“, 192 Seiten, 28. 8. 2004, Oldenburg
67. Weiß, M. 2000 „Privatisierung des Bildungsbereichs“ in F.O. Radtke/M. Weiß „Schulautonomie, Wohlfahrtsstaat und Chancengleichheit“, Opladen, S. 46 ff
68. Weiß, M. 2001 „Quasi-Märkte im Schulbereich- eine ökonomische Analyse“ in Oelkers., J. „Zukunftsfragen der Bildung“, 43. Beiheft der Zeitschrift für Pädagogik, S. 69-85
69. Weiß, M./Steinert, B. 2001 „Privatisierungsstrategien im Schulbereich“ in „Pädagogik“ 7/8 2001, Hamburg

Zum Autor: geb. 1935, Studium Erziehungswissenschaft, Geographie, Geschichte in Hamburg, 40 Jahre Grund-, Haupt- und Realschullehrer in Hamburg, 12 Jahre teilfreigestelltes Personalratsmitglied, aktiv in verschiedenen Funktionen in der GEW, bei PädagogInnen für den Frieden (auch in der Koordinierung der internationalen Arbeit), Sprecherrat der AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, aktiv im Educational Forum im Rahmen des ESF